



FAMILIENBILDUNG 2010

Mittendrin, nicht nur dabei

Schwerpunkt Familienbildung: Entwicklung und Stellenwert der Familienbildung in NRW :: Innovation in der Familienbildung :: KitaStart® :: Familienbildung und Familienzentren :: Aufstieg durch Bildung :: Qualitätsmanagement im Verbund

Weitere Themen: Vorrang der Jugendhilfe :: Ganztage in NRW aktueller Stand :: Fliegender Bau Jugendliche gestalten ihre Stadt :: Düsseldorfer Kinder- und Jugendförderplan 2010 :: Studie zu Wirkfaktoren Individualpädagogischer Maßnahmen

LVR-Landesjugendamt

AuftragKindeswohl 

LVR 
Qualität für Menschen

Editorial	5
-----------------	---

SCHWERPUNKT: Mittendrin, nicht nur dabei – Familienbildung 2010

Entwicklung und Stellenwert der Familienbildung in Nordrhein-Westfalen	7
Innovation in der Familienbildung	11
KitaStart® – eine neue Chance für gelungene Erziehungspartnerschaft	15
Familienbildung und Familienzentren – Kooperationen, Partnerschaften und Know-how	18
Väter-Kind-Arbeit in der Familienbildung	21
Aufstieg durch Bildung – wirksame Armutsprävention vor Ort	22
Qualitätsmanagement im Verbund – Zertifizierung der DRK-Familienbildungseinrichtungen nach EFQM	24
EFQM: Auf dem Weg zur Qualitätssicherung	26

Aus dem LVR-Landesjugendamt

Vorrang der Jugendhilfe – Effektive Präventionspolitik in NRW	27
Forschungsprojekt zu schulischer Inklusion	29
K.o.cktail – Unsichtbare Drogen im Glas	30
Bedarfsplanung im Bereich der Kindertagesbetreuung	30
Wechsel im Vorsitz der BAGLJÄ	32

Aus dem Landesjugendhilfeausschuss

Bericht aus der Sitzung am 20. März 2010	34
--	----

Ganztag

Der Ganztag in NRW – aktueller Stand	35
ganz!dabei – Ganztags-Aufbruch in der Sekundarstufe I	37
Kooperation im Ganztag – Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung	39

Rund um die Jugendhilfe

Fliegender Bau in Bergheim – Jugendliche gestalten ihre Stadt	40
Kinder- und Jugendförderplan 2010 bis 2014 der Landeshauptstadt Düsseldorf	43
Mann – Zukunft – Beruf – Kunstprojekt der AWO-Schulsozialarbeit Düsseldorf	46
Neue Studien zu Wirkfaktoren Individualpädagogischer Maßnahmen	47

Publikationen & Rezensionen

Hinweise auf Neuerscheinungen und Rezensionen	50
---	----

Veranstaltungen

Fortbildungsveranstaltungen des LVR-Landesjugendamtes Rheinland	56
Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft	58

Impressum	58
-----------------	----

.....
 Der nächste JUGENDHILFEREPORT 03.10 erscheint mit dem Schwerpunkt **Kinderarmut**.

Qualität für Menschen



Der LVR arbeitet als Kommunalverband mit rund 15.000 Beschäftigten für die etwa 9,6 Millionen Menschen im Rheinland. Mit seinen 41 Förderschulen, zehn Kliniken, sechs Museen und seinen Heilpädagogischen Hilfen sowie als größter Leistungsträger für Menschen mit Behinderungen erfüllt der LVR Aufgaben in der Behinderten- und Jugendhilfe, in der Psychiatrie und der Kultur. Unser Motto »Qualität für Menschen« bringt unsere Ziele und unser Selbstverständnis auf den Punkt. Danach handeln wir, danach leben wir.

Besuchen Sie uns im Internet: www.lvr.de

Liebe Leserin, lieber Leser!

Zuletzt war im Jahre 2001 die Familienbildung Schwerpunktthema eines Jugendhilfereports. Seitdem ist geraume Zeit vergangen und das Verständnis von Familienbildung sowie die Familienbildungslandschaft haben sich ebenso verändert wie die Lebenslagen von Familien.

Es ist also an der Zeit, diesen Bereich – der in der Weiterbildung und Jugendhilfe zugleich verankert ist – erneut in den Fokus zu nehmen. In der Steuerungsgruppe der Familienbildung ist dieses Vorhaben auf positive Resonanz gestoßen. Die zugesandten Beiträge waren so umfang- und zahlreich, dass einige Artikel in zukünftigen Ausgaben des Jugendhilfereports veröffentlicht werden.

Zum einen ist dies ein Indikator für das große Engagement der Fachkräfte in der Familienbildung und zum anderen wird deutlich, dass Familienbildung in viele Bereiche des täglichen Lebens wirkt.

So werden Entwicklung und Stellenwert der Familienbildung in Nordrhein-Westfalen sowie die Bandbreite der Möglichkeiten innerhalb der Familienbildung beleuchtet. Dabei zeigt sich, dass Familienbildung mit vielen verschiedenen Einrichtungen, Angeboten und Diensten der Jugendhilfe vernetzt arbeitet und kooperiert.

Familienbildung ist nicht statisch, sondern vielmehr ständig in Bewegung, da sie sich an den wechselnden gesellschaftlichen Bedürfnissen orientiert. Sie ist im besten Sinne »Mittendrin, nicht nur dabei«.

Als zukunftsweisender Schwerpunkt der Bildungs- und Jugendhilfepolitik leistet Familienbildung einen wesentlichen Beitrag zur Familienfreundlichkeit in Nordrhein-Westfalen.

Insbesondere vor dem Hintergrund immer knapper werdender öffentlicher finanzieller Ressourcen: Familienbildung verdient Unterstützung!

Ihr



Reinhard ELZER
LVR-Dezernent Jugend

Mittendrin, nicht nur dabei

Familienbildung 2010

Von Renate Westkamp

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe des Jugendhilfe-Reports nimmt die aktuellen Entwicklungen der Familienbildung und die zentralen Themen der jüngsten Vergangenheit in den Fokus.

Der einführende Beitrag verdeutlicht, welchen Stellenwert die Familienbildung in Nordrhein-Westfalen hat, und dass Familienbildung von einem ständigen Entwicklungsprozess geprägt ist. Das Land Nordrhein-Westfalen fördert die Arbeit der Familienbildung durch die gesetzliche Finanzierung nach dem Weiterbildungsgesetz sowie im Rahmen freiwilliger Leistungen. Inhaltlich steht das Land im Dialog mit der Familienbildung durch die im Rahmen des Wirksamkeitsdialogs entwickelten innovativen Projekte, bei denen neue, gesellschaftlich relevante Themen in den Blick genommen werden.

In dem Beitrag zur Innovation in der Familienbildung wird ausführlich und eindrucksvoll über die bisher initiierten Projekte, die sich inzwischen zu einer Erfolgsgeschichte in Nordrhein-Westfalen entwickelt haben, berichtet. Besonderes Augenmerk wird dabei auf das zuletzt entwickelte Projekt »KitaStart® – eine neue Chance für gelungene Erziehungspartnerschaft« gerichtet.

Die Vielfalt der Partnerschaften und Möglichkeiten, die sich durch Kooperationen von Familienbildung und Familienzentren ergeben, wird in den weiteren Beiträgen dargestellt. In den Familienzentren trifft die Familienbildung auf Eltern und Kinder in einer frühen Lebensphase.

Beispielhaft für die breit gefächerten Handlungsfelder der Familienbildung werden ein Projekt im Rahmen der Väter-Kind-Arbeit sowie das Mentorenprojekt »Lernpatenschaften« vorgestellt. Letzteres ist ein Projekt zur Eröffnung von Lernchancen und dient der Armutsprävention.

Im abschließenden Beitrag über die Zertifizierung von Familienbildungseinrichtungen ist der hohe Anspruch an Qualität in der Familienbildung und das Streben nach einem Qualitätsmanagement erkennbar.

Dem LVR-Landesjugendamt Rheinland kommt in der Familienbildung eine wichtige Rolle zu. Es ist gleichzeitig für die Einrichtungen der Familienbildung Anerkennungsbehörde und stellt als Bewilligungsbehörde die Finanzausstattung der Familienbildungsstätten mit Landesmitteln sicher. Im Wirksamkeitsdialog ist das LVR-Landesjugendamt sowohl Partner des Landes als auch der Einrichtungen der Familienbildung. Ebenso beraten und informieren seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Fachkräfte der Familienbildung.



Renate WESTKAMP
LVR-Fachbereich Kinder
und Familie
Tel 0221 809-6284
renate.westkamp@lvr.de

Entwicklung und Stellenwert der Familienbildung in Nordrhein-Westfalen

Von Dr. Katrin Kaufmann

In Nordrhein-Westfalen ist die Familienbildung im Weiterbildungsgesetz verankert. Neben der Einordnung als eine »Leistung zur Förderung der Erziehung in der Familie« im Kinder- und Jugendhilfegesetz¹ hat dieser Bildungsbereich somit eine doppelte gesetzliche Anbindung, sein familien- und gesellschaftspolitischer Stellenwert wird auf diese Weise besonders betont.

Das Weiterbildungsgesetz formuliert (Förder-)Ansprüche der Familienbildung und setzt zugleich Standards hinsichtlich der staatlichen Anerkennung und der Fördervoraussetzungen, die die Familienbildungsstätten erfüllen müssen. So muss ein Mindestangebot auf dem Gebiet der Weiterbildung von 2.800 Unterrichtsstunden jährlich erbracht werden, wovon drei Viertel dem Thema Familienbildung zuzuordnen sind, bevor eine Anerkennung nach dem Weiterbildungsgesetz ausgesprochen werden kann. Erst wenn eine Einrichtung dieses Angebot über fünf Jahre kontinuierlich aufrecht erhält, erwirbt sie auch den Anspruch auf die Förderung des Landes Nordrhein-Westfalen. Das ist gewiss eine hohe Hürde. Der Gesetzgeber hat sie so hoch angelegt, damit nur dauerhaft leistungsfähige Anbieter in den Genuss der öffentlichen Förderung kommen. Zurzeit gibt es in Nordrhein-Westfalen 151 geförderte Einrichtungen der Familienbildung, weitere drei bereits anerkannte Einrichtungen befinden sich noch in der fünfjährigen Bewährungsphase.

Das nordrhein-westfälische Weiterbildungsgesetz trat in seiner gültigen Fassung im Jahr 2000 in Kraft und wird zur Zeit vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) evaluiert. Die Ergebnisse werden für Ende dieses Jahres erwartet.

Eine der zentralen Fragestellungen der Evaluation lautet, wie das Gesetz dazu beigetragen hat, Weiterbildung als lebensbegleitenden Prozess zu organisieren und mehr Menschen zum Lernen zu motivieren. Außerdem sind die Evaluatoren beauftragt, Perspektiven für eine Weiterentwicklung des Gesetzes aufzuzeigen. Großes Augenmerk liegt auf der allgemeinen Weiterbildung mit dem gesetzlichen Pflichtangebot der Kommunen und mit den Angeboten des zweiten Bildungswegs. Neben dieser nachvollziehbaren Schwerpunktsetzung soll die Familienbildung in ihrer Eigenständigkeit und mit ihren spezifischen Angeboten im Abschlussbericht angemessen dargestellt werden. Dieses Anliegen wurde den Wissenschaftlerinnen des DIE während ihres Interviews im Familienministerium vorgetragen. Dafür tritt das Familienministerium auch im Evaluationsbeirat ein.

DEN RAHMEN FÜR KOOPERATIONEN SETZEN

Das nordrhein-westfälische Weiterbildungsgesetz regelt die Förderung der Weiterbildung grundsätzlich und verzichtet dabei auf Detailvorgaben zur Bewilligungspraxis. Die Landesjugendämter als Bewilligungsbehörden für die Familienbildung haben in der jüngeren Vergangenheit die Erfahrung gemacht, dass untergesetzlicher Regelungsbedarf für die Fälle

*Dr. Katrin KAUFMANN
Referatsleiterin im
Ministerium für Generationen,
Familie, Frauen und
Integration des Landes
Nordrhein-Westfalen*

besteht, in denen nach dem Weiterbildungsgesetz anerkannte Einrichtungen der Familienbildung mit anderen Einrichtungen kooperieren.

Ein Erlass des seinerzeit zuständigen Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales aus dem Jahr 1991 beschrieb bereits den erforderlichen bestimmenden Einfluss der anerkannten Einrichtungen. Inzwischen ist das Weiterbildungsgesetz novelliert worden und die Praxis der Kooperationen hat sich ausdifferenziert.

Um dieser Entwicklung gerecht zu werden, hat das Familienministerium Ende 2009 einen neuen Erlass heraus gegeben. In ihm wird klar geregelt, wie der bestimmende Einfluss einer anerkannten Einrichtung auf Inhalt und Organisation einer in Kooperation durchgeführten Veranstaltung der Familienbildung ausgestaltet werden muss. Dabei unterscheidet der Erlass zwischen regelmäßigen Kooperationen und Kooperationen im Einzelfall. Bei einem hohen Anteil an regelmäßigen Kooperationen ist die anerkannte Einrichtung aufgefordert, mit den Kooperationspartnern mindestens einmal jährlich Planungskonferenzen durchzuführen. So soll ein fachlicher Austausch mit den Kooperationspartnern sichergestellt werden, bei dem die anerkannte Einrichtung inhaltliche Impulse für das Kursangebot setzt. Die Themen des Wirksamkeitsdialogs (siehe unten) sollen in die konkrete Programmplanung eingebracht werden.

Nach der Bekanntgabe des Erlasses durch die beiden Landesjugendämter zu Anfang dieses Jahres sind bei den Landschaftsverbänden und beim Familienministerium eine Reihe von Rückmeldungen aus der Praxis eingegangen. Diese werden jetzt geprüft und nach Möglichkeit berücksichtigt. Ziel ist, mit handhabbaren, eindeutigen Regeln klar zu stellen, unter welchen Voraussetzungen Kooperationen förderunschädlich sind. Der Erlass soll ab dem Haushaltsjahr 2011 gelten.

FÖRDERUNG UND FINANZIERUNG

Nach dem Weiterbildungsgesetz fördert das Familienministerium die Familienbildung zurzeit mit 14,7 Millionen Euro jährlich. Hinzu kommen als freiwillige Leistung 1,5 Millionen Euro, die die Familienbildungsstätten unter anderem einsetzen können, um für sozial benachteiligte Familien die Teilnahmegebühren zu ermäßigen. Schließlich stehen zusammen rund 200.000 Euro für das jährliche Innovationsprojekt im Wirksamkeitsdialog und für die Personalkostenförderung der Landesarbeitsgemeinschaften der Familienbildung zur Verfügung. Neu im Jahr 2010 ist die Förderung der Kooperation der Familienbildungsstätten mit den Familienzentren, für die zusätzlich rund 2 Millionen Euro bereit gestellt werden.

Die Fördermittel des Landes reichen allein nicht aus, um eine Familienbildungsstätte zu betreiben. Das war und ist auch nicht Anliegen des Landes Nordrhein-Westfalen. Gleichwohl ist im Familienministerium bekannt, dass es für viele Einrichtungen immer schwieriger wird, ihre Finanzierung sicher zu stellen. Kursgebühren müssen im Verhältnis zu Nachfrage und Zahlungsfähigkeit der Teilnehmenden sensibel kalkuliert werden, die Eigenmittel des Trägers sind begrenzt, kommunale Zuschüsse sind nicht selbstverständlich und der Zeitbedarf für die Akquise von Spenden und Sponsoren übersteigt die dafür vorhandenen Ressourcen einer Familienbildungsstätte.

Einnahmen und Ausgaben in der Balance zu halten ist daher eine schwierige und ständige Aufgabe der Einrichtungen.

INNOVATION IM DIALOG

Inhaltlich ist die Familienbildung in Nordrhein-Westfalen hervorragend aufgestellt. Der im Jahr 2001 nach der Änderung des Weiterbildungsgesetzes eingeführte Wirksamkeitsdialog bildet eine Plattform für die inhaltliche Zusammenarbeit aller Träger. Dort gestalten die jeweiligen Landesarbeitsgemeinschaften der Wohlfahrtsverbände, der Kirchen und Kommunen in einer gemeinsamen Steuerungsgruppe regelmäßig ein Innovationsprojekt.

Meilensteine dieser Erfolgsgeschichte sind »Innovation durch Vernetzung« im Jahr 2005, »Interkulturelle Öffnung der Familienbildung« sowie »Familienbildung in Familienzentren« im Jahr 2006 und das ehrgeizige Projekt KitaStart®, das von 2007 bis 2009 entwickelt und erprobt wurde. Mit KitaStart®, einem Angebot für Eltern zum Übergang ihrer Kinder vom Elternhaus in die Tagesstätte, wurde in Nordrhein-Westfalen erstmals gemeinsam von allen Trägern ein Kursprogramm entwickelt. Während dieses Angebot jetzt in die Fläche gebracht wird, arbeitet die Steuerungsgruppe der Familienbildung bereits am nächsten Projekt, mit dem der Zugang der Familienbildung zu Vätern verbessert werden soll.

Der Wirksamkeitsdialog mit dem Innovationsprojekt ist ein einmaliges inhaltliches Steuerungsinstrument. Hier werden neue, gesellschaftlich relevante Themen gesetzt, und zwar gemeinsam von allen Landesarbeitsgemeinschaften der Familienbildung und im Dialog mit dem Familienministerium.

Die trägerübergreifende Projektentwicklung hat mehrere positive Effekte: Die unterschiedlichen Profile der einzelnen Träger fließen in das Projekt ein und werden konstruktiv in ein gemeinsames Produkt eingearbeitet. Die gemeinsame Erarbeitung führt dazu, dass sich alle Träger mit dem Produkt identifizieren können und es in ihren Einrichtungen umsetzen bzw. anwenden. Mit der Förderung des Landes und durch die landesweite Kooperation der Familienbildung können Projekte entwickelt und zur Einsatzreife gebracht werden, für die eine einzelne Landesarbeitsgemeinschaft vielleicht nicht die notwendigen Ressourcen hätte. Schließlich erreichen die Landesarbeitsgemeinschaften der Familienbildung durch die kontinuierliche Projektarbeit eine Qualität der Verständigung und der Verbindlichkeit, die im bloßen kollegialen Nebeneinander der verschiedenen Trägergruppen so wahrscheinlich nicht gewachsen wäre.

PARTNER DER FAMILIENZENTREN

Zur Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren trägt die Familienbildung wesentlich bei. Kooperationen mit Kindertagesstätten hatte es bereits zuvor gegeben, durch die Einrichtung der Familienzentren bekam diese Zusammenarbeit dann eine zusätzliche Dynamik. Zum Zeitpunkt der wissenschaftlichen Erhebung im Frühjahr 2008 haben bereits 94,2 Prozent der befragten Familienbildungsstätten mit Familienzentren zusammengearbeitet.

Die wissenschaftliche Begleitung² bescheinigt diesen Kooperationen eine hohe Wirksamkeit. So konnten das Bildungsangebot genauer auf den Bedarf der Eltern abgestimmt und der Zugang zu den Familien verbessert werden.

Als Erfolgsfaktor wurde vor allem die Niedrigschwelligkeit des Angebots in den Familienzentren angesehen. Kurze Wege für die Eltern, die teilweise Subventionierung der Teilnah-

megebühren aus dem Budget der Familienzentren und informelle Angebote wie Elterncafés trugen dazu bei, dass auch Eltern an Familienbildung teilhaben, die sonst den Weg in eine Familienbildungsstätte kaum oder gar nicht finden würden. Um niedrigschwellige Zugänge zur Familienbildung weiter zu unterstützen, wird die o.g. Zusatzförderung für die Kooperationen mit Familienzentren – im Gegensatz zur gesetzlichen Förderung – nicht an Kurse bzw. Unterrichtsstunden gebunden sein.

Mittelbar wurde eine bessere Verankerung der Familienbildung im Sozialraum erreicht: Indem sich die Familienzentren zu Knotenpunkten in Kooperationsnetzwerken entwickeln, entstehen dadurch Synergieeffekte bei allen beteiligten Partnern.

Die Familienbildung ist ein gefragter Partner der Familienzentren. Die Träger und Einrichtungen der Familienbildung haben von Anfang an überaus engagiert für diese Kooperationen gearbeitet. Wie viele Kooperationen mit den zurzeit 1.750 Familienzentren es konkret gibt, darüber werden die Anträge auf die Zusatzförderung Aufschluss geben.

FAMILIENBILDUNG VERBESSERT CHANCENGERECHTIGKEIT

Die gesellschaftliche Bedeutung für Familienbildung ist heute größer denn je. Es besteht ein großer Bedarf darin, Eltern für die Bedürfnisse ihrer Kinder zu sensibilisieren und sie in ihrer Erziehungsrolle zu unterstützen. »Elternkompetenz« ist dabei ein Schlüsselwort, und genau für diese Kompetenzvermittlung hält die Familienbildung die Inhalte, die Methoden und die Strukturen vor.

Chancengerechtigkeit beginnt im Elternhaus. Hier werden die Weichen dafür gestellt, ob Kinder in ihrem Leben Bildungsangebote nutzen und in der Wissensgesellschaft bestehen können. Jüngere wissenschaftliche Untersuchungen weisen nach, wie stark der Bildungserfolg vom Milieu der Herkunftsfamilie abhängt. Wenn sich Eltern von Bildung Selbstverwirklichung und Identität oder zumindest gesellschaftliche Anerkennung versprechen, werden sie ihr Kind gezielt fördern. Wird Bildung aber in der Familie als notwendiges »Muss« gesehen und Schule als ein Ort, an den man einfach nur durchkommen und bestehen muss, dann werden Kinder schon durch die Haltung ihrer Eltern negativ geprägt.³

Hier kann Familienbildung viel bewirken, indem sie – gerade über die Familienzentren – Zugang auch zu sogenannten bildungsfernen Eltern findet und diese bei der aktiven Wahrnehmung ihres Erziehungsauftrags und bei der Bewältigung des Lebensalltags unterstützt.

Die Förderung der Familienbildung hat somit eine familien- und auch bildungspolitische Scharnierfunktion.

¹ § 16 SGB VIII *Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie*

² Vgl. *pädquis, Familienzentren NRW: Die Perspektive der Familienbildungsstätten. Arbeitsbericht 4 der wissenschaftlichen Begleitung, Berlin, November 2008*

³ *Kutscher, Nadja: Bildungsbenachteiligung von Kindern – Perspektiven für die Eröffnung von Teilhabechancen in informellen und formellen Kontexten. In: Kinderreport Deutschland 2010, herausgegeben vom Deutschen Kinderhilfswerk e.V.*

Innovation in der Familienbildung – Eine Erfolgsgeschichte in Nordrhein-Westfalen

Von Bärbel Gebert

»Innovation in der Familienbildung: Projekt zur Qualitätsentwicklung als Beitrag der Familienbildungsstätten in Nordrhein-Westfalen zum einrichtungsübergreifenden Wirksamkeitsdialog« – so lautete der Titel des Projekts (2001 – 2004), mit dem die Erfolgsgeschichte der Zusammenarbeit von Familienbildung in Nordrhein-Westfalen begann und bis heute anhält.¹

Dieses erste Projekt entstand im Kontext der Novellierung des Weiterbildungsgesetzes (WbG) im Jahr 2000. Durch die doppelte rechtliche Verankerung der Familienbildung – sie ist im Kinder- und Jugendhilfegesetz sowie »als Bestandteil der Grundversorgung im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes« enthalten – ergibt sich die Besonderheit, dass Familienbildung im Anerkennungs- und Förderverfahren einem der beiden Landesjugendämter zugeordnet ist. In den Kommunen ist Familienbildung mit den verschiedenen Angeboten und Diensten der Jugendhilfe vernetzt. Mit rund 150 Familienbildungsstätten in pluraler Trägerschaft stellt die Familienbildung eine erhebliche Größe in der Weiterbildungslandschaft Nordrhein-Westfalens dar.

Der eigenständige fachliche Wirksamkeitsdialog der Familienbildung bildet die Grundlage für die Innovationsprojekte, die durch das Familienministerium gefördert werden. Eine tragende Säule ist dabei die trägerübergreifende Zusammenarbeit im Wirksamkeitsdialog und in den Projekten. Sie sichert zum einen die Berücksichtigung der einzelnen Trägerpositionen bei der Entwicklung neuer Inhalte, Strukturen und Konzepte und zum anderen den Transfer der Ergebnisse in alle Familienbildungsstätten des Landes. Der Arbeitskreis Familienbildung im DRK NRW, die vAWO LAG Familienbildung und Weiterbildung, der Arbeitskreis Kommunaler Familienbildung NRW, die LAG der Familienbildungsstätten im PARITÄTISCHEN, die LAG Evangelischer Familienbildungsstätten im Rheinland, die LAG Evangelischer Familienbildung in Westfalen und Lippe und die LAG Katholischer Erwachsenen- und Familienbildung bilden den Zusammenschluss der Landesarbeitsgemeinschaften der Familienbildung in Nordrhein-Westfalen und arbeiten gemeinsam kooperativ und konsensorientiert im Wirksamkeitsdialog und im Innovationsprojekt zusammen.

In dem ersten Innovationsprojekt (2001 – 2005) standen Zielsetzungen im Vordergrund, die eine nachhaltige Basis für die Innovationsinstrumente installierten und die noch heute ihre Gültigkeit haben. Dazu gehören insbesondere die Fortentwicklung der Qualität der Weiterbildung bezogen auf drängende gesellschaftliche Probleme und im Interesse einer verstärkten Teilnehmendenorientierung sowie der Ausbau eines trägerübergreifenden Kommunikationsprozesses über Ziele und Wirksamkeit von Familienbildung.²

ERGEBNISSE VON DAMALS BILDEN DIE GRUNDLAGEN FÜR HEUTE

Durch das erste Innovationsprojekt wurden nachhaltige Prozess- und Dialogstrukturen



*Bärbel GEBERT
Projekt der Landesarbeitsgemeinschaften der Familienbildung in Nordrhein-Westfalen
c/o Paritätisches Bildungswerk LV NRW e.V.
Loher Str. 7
42283 Wuppertal
Tel 0202 2822-231
baerbel.gebert@paritaet-nrw.org
www.familienbildung-in-nrw.org*



geschaffen. Die Arbeitsgruppe Wirksamkeitsdialog in der Familienbildung setzte sich aus Vertreterinnen der Landesarbeitsgemeinschaften der beteiligten Träger, dem Familienministerium sowie dem Ausschuss für Familienbildungsstätten und Weiterbildung der LAG der Freien Wohlfahrtspflege zusammen. Im Bedarfsfall kommen Vertreterinnen und Vertreter der Landesjugendämter hinzu. Die Trägerschaft des Innovationsprojektes wurde beim Paritätischen Bildungswerk angesiedelt. Es wird inhaltlich von der Steuerungsgruppe, die sich aus den Sprecherinnen und Sprechern der Landesarbeitsgemeinschaften der Familienbildung zusammensetzt, getragen.

Ein Produkt aus den Anfängen des Wirksamkeitsdialogs ist der »Handlungsleitfaden Familienbildung«. Er »dient den Trägern der Einrichtungen und den Landesjugendämtern bei der Anerkennung, der Antragstellung, der Mittelbereitstellung sowie bei den Nachweis- und Prüfungsverfahren.«³

In diesem gemeinsamen Abstimmungsprozess der rechtsrelevanten Grundlage haben die Partner nicht nur finanzielle Rahmenbedingungen vereinbart, sondern auch inhaltliche Themenfelder der Familienbildung in einem Auswertungsraster nach thematischen Schwerpunkten festgehalten. Mit Hilfe dieses Rasters werden im Rahmen des Verwendungsnachweises und Berichtswesens die Angebote der Familienbildung nach Themengruppen erfasst. Durch dieses Instrument wird ein Monitoring der Familienbildungsangebote möglich.

Das Auswertungsraster nach thematischen Angebotsschwerpunkten der Familienbildung ist untergliedert in Lebensphasen/biografische Übergänge, Lebensbereiche/Lebenszusammenhänge und gesellschaftliche Herausforderungen.



*Praktische Arbeitshilfe mit
Tipps und Checklisten*

FAMILIENBILDUNG KOOPERIERT

Das Nachfolgeprojekt hatte zum Ziel, Beispiele von Kooperationen der Familienbildungseinrichtungen im sozialen Nahraum wie Schulen, Kindertageseinrichtungen und Beratungsstellen zu analysieren und sichtbar zu machen sowie Bedingungsfaktoren für Erfolge und Misserfolge zu ermitteln. Im Projektverlauf und anhand des Projektergebnisses wird deutlich gezeigt, »dass sich das Weiterbildungsangebot in der Kinder- und Jugendhilfe durch die Familienbildungseinrichtungen von der klassischen Struktur der Kurs- und Seminarangebote zu einer flexiblen Angebotsstruktur weiterentwickelt hat, die die Chancen von Partneereinrichtungen kennt und zu einer förderlichen Entwicklung von Kindern und Eltern einsetzt.«⁴

NAH DRAN – FAMILIENBILDUNG IN FAMILIENZENTREN

Nach der politischen Entscheidung, dass die Kindertageseinrichtungen die Kerninstitutionen eines Familienzentrums sein sollen, sah die Familienbildung für sich mögliche Rollen in der Funktion als Impulsgeber, Kooperationspartner und Dienstleister. So war es folgerichtig, die Planungsgrundlage mit einem Projekt zu ergänzen, das seinen Schwerpunkt auf inhaltliche Aspekte der Zusammenarbeit mit Familienzentren legt und damit wichtige Impulse für den Kontext der Zertifizierung im Rahmen des Gütesiegels Familienbildung liefert. Exemplarisch wurden im Projekt Arbeitsgruppen zu vier Themenbereichen eingerichtet:

- Interkulturelle Kompetenz
- Sprache
- Gesundheitserziehung
- Bildungsangebote für »Junge Familien«.

Im Laufe des Projekts wurden Umsetzungsbeispiele für die Praxis erarbeitet und abschließend in der Broschüre »nahe dran – Familienbildung in Familienzentren« vorgelegt.



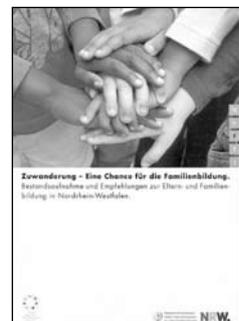
Umsetzungsbeispiele für die Praxis

KITASTART®

Im Innovationsprojekt KitaStart® wurde ein Elternkurs entwickelt, der den Übergang des Kindes in die Kita zum Inhalt hat (ausführliche Informationen im nachfolgenden Artikel).

VÄTER ... IM BLICKPUNKT DER FAMILIENBILDUNG

Das aktuelle Innovationsprojekt nimmt die Zielgruppe Väter in den Fokus. Familienbildung will einen spezifischen Beitrag dazu leisten, Vätern Handlungsfelder für Familienengagement zu eröffnen. Daher wird in dem Projekt u. a. überprüft, welche Angebote Väter benötigen und nutzen würden, wie der Rahmen der Angebote aussehen muss, damit sie von Vätern angenommen werden und welche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in dem Kontext Familienbildung und Väter eine fördernde bzw. hemmende Rolle spielen. Im Herbst 2010 werden Familienbildungsstätten gelungene Praxisbeispiele und erste Arbeitsergebnisse des Projekts in regionalen Veranstaltungen dem Fachpublikum präsentieren.



Untersuchungsergebnisse in der Broschüre »Zuwanderung – Eine Chance für die Familienbildung«

INTERKULTURELLE ÖFFNUNG DER FAMILIENBILDUNG

Familienbildung hat sich über die Themen der Innovationsprojekte hinaus zeitgleich dem Thema interkulturelle Öffnung gestellt. In Kooperation mit der Fachhochschule Düsseldorf wurde zunächst eine Untersuchung zum Thema Zuwanderung durchgeführt. Gegenstand waren sowohl die Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten als auch ihre Zugänge zu Angeboten der Familienbildung. Ein Augenmerk richtet sich auf die Nutzung zielgruppenspezifischer Angebote.

VON MEILENSTEINEN UND STOLPERSTEINEN ...

Der Wirksamkeitsdialog und die Innovationsprojekte haben der Familienbildung in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren ein neues Gesicht gegeben. Elternarbeit dort, wo Eltern sich aufhalten, ein hohes fachliches Niveau basierend auf neuen Methoden und Themen am Puls der gesellschaftlichen Entwicklung, Kooperationen mit den Kommunen und im sozialen Nahraum, landesweite und trägerübergreifende Kooperation und Öffentlichkeitsarbeit sind die Ergebnisse dieser Erfolgsgeschichte.



»Praxisleitfaden Interkulturelle Öffnung der Familienbildung«

Allerdings wird diese gute Arbeit durch die finanziellen Rahmenbedingungen erheblich beeinträchtigt, so dass Familienbildung es schwer hat, ihr innovatives Potenzial voll zu ent-

fallen. Mit Innovationen ist auch immer die Problematik verknüpft, neue Ideen und Impulse in ein Umfeld hineinzutragen, das zunächst für die Ideen gewonnen werden muss. Dies erfordert, genau wie Kooperation und Vernetzung, personelle und finanzielle Ressourcen in den Familienbildungsstätten. Das Ziel von Familienbildung, alle Eltern zu erreichen, wird insbesondere dann erschwert, wenn Kooperationen und die methodisch guten, weil niedrigschwelligen Zugänge nicht realisiert werden können, weil bereits geringe Kursgebühren eine gesellschaftliche Selektierung bedeuten. Ohne die Einnahmen von Kursgebühren sind Familienbildungsstätten finanziell aber nicht überlebensfähig. Gerade dort, wo die präventive Wirkung von Elternbildung am nötigsten ist, bleibt es der jeweiligen Familienbildungsstätte in ihrer finanziellen Not selbst überlassen, dieser Kernaufgabe der Familienbildung gewachsen zu sein. Hier bewegt sich Familienbildung im Dilemma zwischen gesellschaftlichem bzw. politischem Anspruch und fehlenden finanziellen Ressourcen.

Positive Signale hat das Familienministerium NRW mit Sonderzuwendungen in den Jahren 2006 bis 2008 gesetzt. Es wurden finanzielle Mittel für die Durchführung von Elternkompetenzkursen zur Verfügung gestellt, die z. B. das Programm »Starke Eltern – Starke Kinder« für viele Milieus zugänglich machten. Aktuell stellt das Familienministerium den Familienbildungsstätten Sondermittel für die Kooperationen mit Familienzentren zur Verfügung. Sie können jedoch nicht eine nachhaltige Finanzierung, die als verlässliche Planungsgrundlage und für erfolgreiche Arbeit insbesondere in schwer zugänglichen Milieus erforderlich ist, ersetzen.

FAMILIENBILDUNG BLEIBT INNOVATIV

Familienbildung in Nordrhein-Westfalen ist trotz der finanziellen Situation eine Erfolgsgeschichte, die bundesweit Aufmerksamkeit und Anerkennung findet. Durch die Innovationsprojekte und den Wirksamkeitsdialog ist und bleibt Familienbildung fachlich, methodisch und konzeptionell so aufgestellt, dass sie kompetenter Akteur und attraktiver Kooperationspartner im Kontext der Jugendhilfe und der Weiterbildung ist.

Die im Artikel genannten Broschüren finden Sie zum Download im Internet unter www.familienbildung-in-nrw.de.

¹ *Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen: Innovation in der Familienbildung, Düsseldorf 2004, S. 10*

² *ebd. S. 15*

³ *Handlungsleitfaden Familienbildung. Förderung von anerkannten Einrichtungen der Familienbildung aus Mitteln des Landes NRW, 2005*

⁴ *Landesarbeitsgemeinschaften der Familienbildung in NRW: Familienbildung kooperiert, Wuppertal 2006*

KitaStart® – eine neue Chance für gelungene Erziehungspartnerschaft

Von Heike Trottenberg

KitaStart® ist ein neues Kursprogramm für Eltern, deren Kinder in die Kindertageseinrichtungen kommen. Es wurde entwickelt von den Landesarbeitsgemeinschaften der Familienbildung des Landes Nordrhein-Westfalen unter wissenschaftlicher Beratung von Prof. Dr. Sigrid Tschöpe-Scheffler (Fachhochschule Köln) und gefördert vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW.



KITASTART® – ALLER ANFANG IST LEICHT ?!

Mit den ersten Schritten raus aus dem Zusammenhalt der eigenen Familie und hinein in eine neue Welt erleben Kinder vielleicht zum ersten Mal eine längere, immer wiederkehrende Trennung von den Eltern. Werden sie dabei sinnvoll unterstützt, reagieren Kinder auf Trennung nicht unbedingt mit länger anhaltender Angst und Schmerz. Dafür brauchen Kinder feinfühligere Erwachsene, die um kindliche Bedürfnisse wissen, sich darauf einstellen und selbstreflexiv ihr eigenes Verhalten hinterfragen und anpassen. Nicht selten haben Eltern selbst Trennungsängste und Schuldgefühle, sind eifersüchtig auf die Erzieherin bzw. den Erzieher oder erleben sich in Konkurrenz zu ihnen. Der Elternkurs KitaStart® als Angebot der Familienbildung ermutigt sie, ihre Fragen und Sorgen, ihre Hoffnungen und Erwartungen, die sie im Zusammenhang mit dem Übergang in die Tagesbetreuung sehen, einzubringen.

KITASTART® – WIE GEHT'S ?

Für KitaStart® sind die Kooperationspartner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kindertagesstätten und Familienzentren, Jugendämter und Familienbildungsstätten. Im Mittelpunkt des KitaStart®-Konzepts steht die Beziehung zwischen Eltern und Kind. Der Kurs orientiert sich an den theoretischen Grundlagen der Bindungs- und Transitionstheorie sowie des dialogischen Ansatzes, der durch Wertschätzung und Respekt im Umgang miteinander geprägt ist. Das Kursgeschehen ist in diesem Sinne Lern- und Erfahrungsraum für Eltern und Kind.

Die Kooperation mit der Familienbildung entlastet Kitas und Familienzentren, ohne damit den Eingewöhnungsprozess der Kinder in Verantwortung der Erzieherinnen und Erzieher vorweg zu nehmen. Eltern nehmen gemeinsam mit ihren Kindern an KitaStart® teil. Wenn die Kinder dazu bereit sind, findet eine zeitlich begrenzte Trennung von den Eltern statt. Hierfür wird parallel zu dem Elternkurs eine Kindergruppe angeboten. In dieser Gruppe wird sensibel auf die Kinder eingegangen und beobachtet, über welche Fähigkeiten sie verfügen, um den Blick der Eltern auf die positiven Seiten und Entwicklungen des Kindes zu lenken. Die Kinder werden dabei in ihrem Selbstbildungsprozess gefördert und darin unterstützt, neue soziale Kontakte zu knüpfen. Die Eltern gewinnen Raum für sich selbst und machen erste Erfahrungen mit der Kinderbetreuung außerhalb des Familien- und Freundeskreises und in den Räumen der künftigen Kindertagesstätte.



*Heike TROTTEMBERG
Leiterin DRK-Familienbildungswerk, Kreisverband Mettmann e. V.
Mitglied der Steuerungsgruppe des Innovationsprojektes der Landesarbeitsgemeinschaften der Familienbildung in NRW
heike.trottenberg@drk-mettmann.de*



Der gemeinsame Blick während der einzelnen Kurseinheiten von Kursleitung und Eltern auf diese sensible Trennungsphase macht das Zusammenspiel der elterlichen Befindlichkeit in der Zeit des Übergangs (Loslassen, Umgang mit Ängsten um das Kind, Zurückfinden in die eigene Autonomie), mit dem Verhalten des Kindes in der Kindergruppe (Kontakt mit neuen Bezugspersonen, Ängste und Explorationsdrang etc.) erfahrbar: Eltern nehmen den engen Zusammenhang ihrer Reaktion und Interaktion mit dem Kind auf dessen Verhalten in der (neuen) Situation und umgekehrt wahr. Die Gestaltung entwicklungsförderlichen Verhaltens der Eltern, das Wechselspiel zwischen Bedürfnissen nach Bindung und Autonomie sind durchgängige Themen des Kurses und von daher wichtige Elemente in der Reflektion der einzelnen Kurseinheiten.

Zwei Kursleitungen begleiten als Tandem jede Kurseinheit (eine mit dem Schwerpunkt Elterngruppe, die andere mit dem Schwerpunkt Kindergruppe). Sie sind pädagogisch ausgebildet, haben Erfahrungen in der Arbeit mit Eltern in der Familienbildung sowie die Weiterbildung zur Kursleiterin von KitaStart® absolviert. In großen Kindergruppen ist eine ergänzende Betreuungskraft während der Kindergruppenzeit zur Unterstützung anwesend.

KITASTART® – THEMEN UND INHALTE

Neben theoretischen Themen können Eltern ihre persönlichen Anliegen einbringen. Selbstreflexion und Biografiearbeit sind zentrale methodische Vorgehensweisen.

Themen und Inhalte sind Trennung vom Kind, feinfühliges Beobachten, Wurzeln, Bindung, Vertrauen, Autonomie und Selbstbildung, Los-Lösen sowie Idealbilder und Erwartungen.

Da Eltern in dieser Lebensphase häufig auch die Rückkehr in die Berufstätigkeit planen, kann dieses Thema ebenfalls eine zentrale Rolle spielen. In diesem Zusammenhang wünschen sie sich manchmal auch einen Austausch zu organisatorischen Fragen.

Methoden und Arbeitsweise sind auf die Bedürfnisse der Beteiligten unter Berücksichtigung ihres Milieus abgestimmt. Die Kursleitungen sind sensibilisiert für spezifische Anliegen von Eltern mit Migrationshintergrund und deren Einbindung in den Kursverlauf.

KITASTART® – DIE KURSSTRUKTUR

Der Kurs hat neun Kurstermine mit folgenden Bausteinen:

Baustein 1: Infotreffen für Eltern

Die Eltern erhalten einleitend Informationen über die Ziele, Inhalte und Ablauf und erfahren, wie sie persönlich von dem Kurs profitieren können. Diese Einheit findet als Tages- oder Abendveranstaltung ohne Kinder statt.

Baustein 2: Eltern-Kind-Treffen zum Kennenlernen

Eltern und Kinder treffen sich zum ersten Mal mit den Kursleitungen in den Kursräumen. Sie haben Gelegenheit, sich untereinander und die neue Umgebung kennen zu lernen sowie erste spielerische Elemente zu erproben, wie die Einführung und Einübung der (Gruppen-)Rituale.

Bausteine 3 bis 8: Eltern-Kind-Gruppen

In diesen Kurseinheiten werden die sechs zentralen Kursthemen bearbeitet und wenn die Kinder dazu bereit sind, Phasen der Trennung von Eltern und Kindern eingeführt.

Baustein 9: Familientreffen in der Kita

Ein gemeinsames kleines Fest rundet den Elternkurs ab. Familienmitglieder, die nicht am Kurs teilgenommen haben, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kita und evtl. der Familien-

bildungsstätte werden eingeladen. In einem lockeren Rahmen sollen der Kurs reflektiert und Absprachen für die Zukunft getroffen werden.

Baustein 10 (optional): Im Blickpunkt: Das Kind – Erziehungspartnerschaft lebendig gestalten

Bei dieser Kurseinheit, in der sich die Eltern ohne Kinder treffen, wird über die zukünftige Erziehungspartnerschaft mit der Kita gesprochen. Möglichkeiten und Grenzen der Mitarbeit von Eltern in der Kita werden thematisiert und die Angebote der Familienbildung vorgestellt. An der Planung und Durchführung dieses Kursangebotes, das nicht unbedingt zum Kurskonzept KitaStart® gehört, sollte die Leitung der Kita beteiligt sein.

MIT KITASTART®: NEUE CHANCEN DER VERNETZUNG ZWISCHEN FAMILIENBILDUNG UND KITAS/FAMILIENZENTREN

Das Kinderbildungsgesetz gibt vor, dass Familienzentren und Kitas die Bildungsaufgaben nicht alleine schultern und sich öffnen sollen – hier bieten sich die Familienbildungseinrichtungen als kompetente Partner und ideale Ergänzung an.

Das vorgestellte Kurskonzept KitaStart® als Angebot der Elternbildung befördert die Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und der Kita und stellt eine professionelle Zusammenarbeit zwischen Familienbildung und Kindertageseinrichtungen dar.

Erzieherinnen und Erzieher haben ihre Kernkompetenzen im Kontakt mit Kindern und Kleinkindern. Familienbildung nimmt mit ihrer Erfahrung und ihren Bildungskonzepten die Eltern als Zielgruppe in den Blick. Sie macht Eltern gezielte Angebote in ihrer Unterstützerrolle für die Kinder (in der Tageseinrichtung) und in ihren vielfältigen weiteren Rollen z. B. als Familiengestalter, Partner oder Arbeitnehmer.

Fachleute aus Kitas und der Familienbildung ergänzen sich bei der Umsetzung von KitaStart®. Darum nehmen regelmäßiger Austausch und Rückmeldung zum Kursverlauf über Erwartungen und Klärungsbedarfe entsprechenden Raum ein. Auf Augenhöhe ohne Rollenkonfusion – so bewegen sich Familienbildung und Kita Schritt für Schritt aufeinander zu und schaffen gute Voraussetzungen für die Zusammenarbeit.

Kitas, die ihre bisherige Elternarbeit erweitern möchten, können mit den Familienbildungsstätten bedarfsgerechte Angebote für Eltern entwickeln: Ein Mütterprojekt, Angebote für Bewegung und Ernährung, ein Elterncafé oder zu Beginn des Kindergartenjahres KitaStart®?

Die einzelnen Angebote werden gemeinsam eng am Bedarf der Familien entlang entwickelt. Transparenz statt Konkurrenz, Handlungsflexibilität mit klaren Zielen, Vernetzung anstelle von zufälligen Begegnungen. Auf diese Weise werden Familienbildungseinrichtungen und Kitas gemeinsam zu Erziehungspartnern für Familien.

KITASTART® – VON DER PROJEKTPHASE IN DIE FLÄCHE

Inzwischen sind 42 Kursleiterinnen qualifiziert für die Durchführungen des Elternkurses KitaStart®. Im Rahmen von zehn Pilotkursen wurde das Kurskonzept evaluiert. Viele teilnehmende Familien erlebten den Übergang ihrer Familie in die Kindertagesstätte als gelungen, gut begleitet durch KitaStart® und fühlten sich in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt.

QUALIFIZIERUNG ZUR KURSLEITUNG KITASTART®

Die nächste 8-tägige Qualifizierung zur KitaStart®-Kursleitung beginnt im September 2010. Künftige Kursleitungen erwerben im Verlauf der KitaStart®-Qualifizierung hohe personale und soziale Kompetenzen. Sie erweitern so ihre Fachkompetenz zu einer neuen und dialogischen Art des Miteinander-Lernens, auf die es bei KitaStart® ankommt: Weg von der reinen Vermittlung von Wissen hin zu offenen Räumen und Prozessen im Gruppengeschehen.

Die Qualifizierung zur Kursleitung KitaStart® basiert auf den vier Grundsäulen dialogische Haltung, Bedeutung der Bindung, Gestaltung von Übergangsprozessen und Bedeutung der Biografie der Eltern/der Kursleitung.

Weitere Informationen auch zu den Kurseinheiten finden Sie unter www.kitastart.de.

Familienbildung und Familienzentren Kooperationen, Partnerschaften und Know-how

Von Ulrich Schmitz

Familienbildungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen sind für Eltern und ihre Kinder nach der Geburt die ersten Begegnungs- und Lernorte.

FAMILIENBILDUNG ARBEITET PRIMÄR PRÄVENTIV

Familienbildung ist vor Ort mit ihren eigenen Familienbildungsstätten, in den Gemeinde- und Stadtteilzentren, in Begegnungsstätten und Schulen für die Familien präsent. Programme mit verschiedensten Angeboten, von Kursen über Freizeiten und Elterncafés bringen Eltern und ihre Kinder zusammen, nehmen ihre Fragen auf, finden Antworten, die im Alltag hilfreich sind, und begleiten Familien so auf ihrem Weg in den ersten zwei bis drei Lebensjahren.

Viele dieser Familien bemerken erst im Nachhinein, wie gut ihnen und ihren Kindern die Teilnahme an den vielfältigen Angeboten der Familienbildung getan hat. Familienbildungseinrichtungen arbeiten durch die immer freiwillige Teilnahme von Eltern und Kindern im wahrsten Sinne der Worte primär präventiv. Familienbildungseinrichtungen sind so die ersten Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen für Eltern und Kinder auf deren Weg zur nächsten wichtigen Lebensstation von Kindern, der Kindertageseinrichtung.

FAMILIENBILDUNGSSTÄTTEN ERREICHEN DIE MITTE DER GESELLSCHAFT

Die Einrichtungen der Familienbildung erreichen mit ihren Angeboten die Mitte der Gesellschaft, Familien mit den vielfältigsten Fragen in den unterschiedlichsten Familienformen. Nach PISA und der Erkenntnis, dass in keinem anderen Industrieland die soziale Herkunft so

*Ulrich SCHMITZ
Diplom-Pädagoge
Leitung und Geschäftsführung
Evangelisches Familienbildungswerk –
Duisburger Gemeinden
Hinter der Kirche 34
47058 Duisburg
u.schmitz@fbw-duisburg.de
www.fabian-duisburg.de*

entscheidend für den Schulerfolg ist wie in Deutschland, gab es zahlreiche Reformansätze in den Bildungssystemen wie Schule und Kita. So werden im Zuge des nordrhein-westfälischen Landesprojektes Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren weiterentwickelt. Die Förderung von Kindern und Unterstützung von Familien sollen damit zusammengeführt werden, wobei die Familienbildung zu einem zentralen Partner für Familienzentren wird.

Die Familie ist die wichtigste Erziehungs- und Bildungsinstitution. Dort erwerben Kinder die meisten psychomotorischen, sozialen, affektiven und sprachlichen Kompetenzen. Diese zentralen Kompetenzen, Persönlichkeitsmerkmale und Haltungen werden bereits in den Jahren vor der Einschulung erworben. Damit bekommt die Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern eine zentrale Bedeutung.

FAMILIENBILDUNGSSTÄTTEN – NATÜRLICHE PARTNERINNEN DER KINDERTAGESEINRICHTUNGEN

Der »Kooperation« zwischen Kindertagesstätten und Familienbildung fällt in diesem pädagogischen Kontext eine besondere Bedeutung zu. Neue Aufgabenstellungen und Arbeitsfelder, neue Partner und Finanzierungsstrukturen wurden schon lange vor dem Entstehen von Familienzentren durch die Einrichtungen erschlossen. Häufig waren es gerade Kindertageseinrichtungen und die dort auftauchenden vielfältigen Fragen und Aufgaben von Familien, die zu neuen Angeboten und Praxismodellen führten.

In der Kooperation mit Familienzentren bietet sich jetzt die Chance, eine strukturelle Verankerung der Familienbildung in Stadtteilen und Sozialräumen zu verbessern, indem Kindertageseinrichtungen als Begegnungs- und Veranstaltungsorte erschlossen und gemeinsam Veranstaltungen entwickelt werden. Es sind also zunächst pragmatische Gründe, die die Akteure auf beiden Seiten zur Kooperation motivieren. Neben der Ressourcenbündelung (Sachmittel, finanzielle Mittel, Räumlichkeiten) werden Dezentralisierung und Stadtteilorientierung für Familienbildungsstätten zunehmend notwendig, um durch die Vernetzung vor Ort andere bzw. neue Zielgruppen erreichen zu können. Familienbildungs- und Kindertagesstätten haben zahlreiche strukturelle Berührungsfelder und Gemeinsamkeiten: Beide Einrichtungen sind in der Regel Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe, haben mit dem öffentlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag einen gemeinsamen Arbeitsauftrag und haben schließlich ein gemeinsames pädagogisches Interesse bezüglich der Kinder und ihrer Familien. Damit kommen auch konzept-





tionelle Gründe hinzu, die für eine Kooperation sprechen, denn Familienarbeit ist immer auch Beziehungsarbeit, die sehr zeitintensiv ist und nun geteilt werden kann. Indem weite Wege wegfallen, hat sich ganz allgemein das Angebot für Familien verbessert.

EINS UND EINS IST MEHR ALS ZWEI

Familienbildungseinrichtungen leisten auch heute schon eine über die eigentliche Bildungs- und Erziehungsaufgabe hinausgehende Arbeit mit verschiedenen Eltern-Kind-Angeboten, mit Loslösegruppen, mit Gesundheitsprojekten zur Bewegung und Ernährung und der begleitenden Kinderbetreuung.

Diese Angebote bedeuten für die Familienzentren eine erweiterte Förderung von Kindern und Familien. Vielfältige Formen der Ausweitung und Vernetzung bieten sich an. Der Fokus der Familienbildung ist ausgerichtet auf eine pädagogisch hochwertige entwicklungs- und bildungsorientierte Arbeit mit Kindern in Wechselwirkung mit der Förderung von Elternkompetenz. In Kooperation mit Familienzentren kann der Fokus durch die Erschließung von Eltern als Zielgruppe über den Betreuungsbedarf ihrer Kinder erweitert werden. Dies betrifft gleichermaßen die Eltern der von der Kindertageseinrichtung versorgten Kinder wie auch solche mit Kindern in der familiären Versorgung oder Tagespflege.

Durch die komplementäre Ergänzung zwischen Familienbildungs- und Kindertagesstätte hinsichtlich der Erziehungsaufgabe der Eltern wird die Sensibilisierung für Erziehungsverantwortung und die Vermittlung von Erziehungskompetenz wechselseitig verzahnt. Einem Teil der Eltern muss die Erziehungsverantwortung gegenüber ihren Kindern erst bewusst gemacht werden. Diese Aufgabe kommt zunächst der Kindertageseinrichtung zu, da sie durch Elterngespräche und den direkten Kontakt in der Bring- und Abholzeit regelmäßigen Zugang zu den Eltern hat. Auf dieser Grundlage kommt die Familienbildung zum Zuge und kann mit entsprechenden Angeboten (z. B. Elterntrainings) die Erziehungskompetenz der Eltern stärken. Die Vorteile: Ein zweifaches pädagogisches Know-how und jeweiliges Erfahrungswissen ergänzt sich für die Familien und ihre Kinder gewinnbringend.

Durch den gegenseitigen Austausch erweitert sich auch der Blickwinkel für die jeweils eigene Einrichtung, was auch die Auseinandersetzung mit der eigenen Arbeit verändert. Bei der Planung der Angebote im Familienzentrum spielen nicht nur die pädagogische bzw. fachpolitische Einschätzung des Bedarfs in der Gesellschaft eine Rolle, sondern insbesondere die konkreten Wünsche und Bedarfe vor Ort. Die Themenvielfalt erhält damit eine andere Qualität. Das Verweisen von Zielgruppen kann wechselseitig verlaufen: Eltern werden in der Kita Angebote der Familienbildung nahe gelegt und umgekehrt weist die Familienbildung auf besondere Profile und Leistungen der Kindertageseinrichtung hin. Auf beiden Seiten vorhandene Ressourcen, Kontakte und Erfahrungen werden gemeinsam genutzt.

Auf dieser Grundlage eines gemeinsam entwickelten Verständnisses von Zusammenarbeit einerseits und von Erziehung und Bildung andererseits besteht die Perspektive, das Angebot für Familien im Sinne von kontinuierlicher Begleitung von der frühen Elternschaft über die Kleinkind- und die Kita-Phase bis zum Grundschulalter auszudehnen.

Väter-Kind-Arbeit in der Familienbildung



»Wenn der Vater mit dem Kinde ...«: Unter diesem Motto bietet die Evangelische Familienbildungseinrichtung am Niederrhein seit über 20 Jahren Wochenend-Veranstaltungen für Väter und Kinder zwischen 4 und 12 Jahren an. Diese finden im Sauerland oder im Wiehengebirge statt. Ein Sozialwissenschaftler und ein Pädagoge, selbst Väter, betreuen die Gruppen.

Für die meisten Männer ist es eine ganz neue Erfahrung, drei Tage allein für Sohn oder Tochter verantwortlich zu sein. Das Programm ist abwechslungsreich und so geplant, dass Väter und Kinder tagsüber viel Zeit miteinander verbringen können. Es werden neue Spiele ausprobiert, Lieder gesungen, gemalt, gebastelt und getobt.

Zwischendurch und abends haben die Väter Gelegenheit, in Ruhe miteinander ins Gespräch zu kommen. Dazu werden die unterschiedlichsten Themen aufbereitet. Deutlich wird in den Diskussionen, wie schwierig es für die Männer ist, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. »Mehr Zeit für die Kinder!«, das wünschen sich alle Väter. Erschöpft, aber um viele Erfahrungen reicher fahren Väter und Kinder am Sonntagnachmittag zurück nach Hause.

Wolfgang MILINSKI
Evangelische Familien-
bildungsstätte
Hühnerfeld 12 b
46562 Voerde
Tel 02855 98042
www.fabi-voerde.de



Aufstieg durch Bildung – wirksame Armutsprävention vor Ort. Chancen des Mentorenprojekts Lernpatenschaften

Von Lisa Müller-Arnold

Eine zunehmende, hohe Anzahl von Kindern wächst in prekären Familiensituationen auf. Ihnen bleiben viele Zugänge zu Bildung und damit erfolgreicher Teilhabe an Gesellschaft verschlossen. Auch die (Bildungs-) Integration von Kindern aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte ist in besonderem Maße eine herausfordernde gesellschaftliche Aufgabe. Jedem Kind gute Bildungschancen zu eröffnen, ist eine zentrale Herausforderung demokratischer Politik. Mehrfach belastete Kindheiten aber sind an Duisburger (Grund-)Schulen leider Alltag und so wünschen sich die Lehrkräfte oftmals Verstärkung vor Ort.



Das Projekt Lernpatenschaften im AWO Mehrgenerationenhaus versteht sich folgerichtig als starker Partner für Grundschulen, damit Bildung von Anfang an gelingen kann, wenn sich die ersten Stolpersteine in der Lernkarriere eines Kindes zeigen. Hier engagieren sich Menschen in der Lebensmitte und Seniorinnen und Senioren mit Zeit, Herz und Kompetenz als Paten für Grundschülerinnen und Grundschüler mit Förderbedarf. Mit Lernspielen vertiefen sie Rechnen, Lesen, Schreiben lernen und natürlich auch den Erwerb der deutschen Sprache.

So gibt es zur Zeit in Duisburg »Lernen lernen« und »Lernspielezeiten« an vier städtischen Gemeinschaftsgrundschulen. Diese wertschätzen als Kooperationspartner des AWO Mehrgenerationenhauses die begleiteten Einsätze

sehr. Koordination, Organisation und inhaltliche Begleitung liegen primär beim pädagogischen Team des Mehrgenerationenhauses.

In den »Lernpatenschaften 1:1« lernen Patenseniorinnen und -senioren und Kind wöchentlich gemeinsam mit Hilfe von spielerischen Arbeitsblättern und Lernspielen aus der Lernhilfebox. Im Vordergrund stehen Erfolgserlebnisse in wohlwollender Begleitung. Die Lernpatenkinder profitieren von der Wertschätzung ihrer Lernpartner, ihrer Zeit und Geduld und ihrer Anleitung. Viele Kinder mit Migrationshintergrund stärken nach und nach über Sprechanelässe, intensives Erzählen und Zuhören sowie über den Einsatz von Spielen wie Erzählmemories etc. ihre Kommunikationsfähigkeiten und ihr Textverständnis. Kinder mit Konzentrationsschwächen trainieren intensiv ihre Aufmerksamkeitsspanne zu erhöhen. Ganzheitlich werden so Lernkompetenzen gefördert.

*Lisa MÜLLER-ARNOLD
Pädagogische Leitung des
Aktionsprogramms
Mehrgenerationenhaus
AWO Duisburg
mueller@awo-duisburg.de*

Die engagierten Lernpaten sind auch als Lernpartner je nach Bedarf und Vorlieben in Unterrichts-Kleingruppen im Einsatz, hier freuen sich die Kinder über Vorlesen und intensive Vertiefung ihrer täglichen Lernthemen. In jedem Fall wachsen hilfreiche Lernbeziehungen: Lernen kann wieder besser gelingen und neue Lernmotivation entsteht.

Regelmäßig treffen sich die Lernpaten im AWO Mehrgenerationenhaus zum gemeinsamen Austausch von Erfahrungen und Tipps für das Lernmiteinander. Im Rahmen der pädagogischen Begleitung und der gemeinsamen Reflexion geben Fachkräfte regelmäßig auch thematische Inputs und didaktische Anregungen, z. B. zum Zahlenverständnis oder auch zur Sprachkompetenz.



Das Lernpatenschaftenprojekt ist ein klassisches Mentorenprojekt. Menschen in der Lebensmitte und im aktiven Seniorenalter bringen ihre unterschiedlichen Erfahrungsschätze, ihre unterschiedlichen Biografien und Bewältigungsstrategien in Lebenssituationen ein und unterstützen Grundschülerinnen und Grundschüler mit Förderbedarf.

Im Rahmen eines Ehrenamts-Dankeschön-Tags ermittelten wir die persönlichen Motivationen für das Bürgerengagement im AWO Mehrgenerationenhaus. Spitzenreiter sind eindeutig der Mehrwert der Geselligkeit mit Gleichgesinnten, die Anerkennung und die Gemeinschaft sowie die sinnstiftende Tätigkeit für die Gesellschaft und der Einsatz für Menschen in Care-Aufgaben.

Ältere Menschen von heute wollen die Gesellschaft weiterhin mitgestalten. Sie wollen in dieser Lebensphase der Gesellschaft etwas zurückgeben, sie sind im besten Sinne gemeinwohlorientiert. Den aktiven Lehrerinnen und Lehrern und Familienfrauen und -männern ist die Anerkennung ihrer Lebenskompetenz und Potentiale sehr wichtig, sie finden Bestätigung darin, dass sie ihre Erfahrungen und Kenntnisse an ihre Lernpatenkinder weitergeben können. Die leuchtenden Augen ihrer Lernpatenkinder, wenn sie von ersten Erfolgserlebnissen berichten und die wechselseitige Freude bestätigen ihnen immer wieder die Wichtigkeit ihres Tuns:

Lernchancen eröffnen und gesellschaftliche Benachteiligungen mindern. Aufstieg über Bildung ermöglichen – das ist wirksame Armutsprävention.

Qualitätsmanagement im Verbund – Die Zertifizierung der DRK-Familien- bildungseinrichtungen nach EFQM

Von Heike Trottenberg

Die Novellierung des Weiterbildungsgesetzes im Jahr 2000 erforderte eine stärkere Qualitätssicherung. Ein Qualitätsmanagementsystem soll dazu befähigen, Abläufe effizienter zu gestalten, Kommunikationswege zu überprüfen und zu straffen, Vernetzung zu stärken, Aufgaben zu teilen und Ergebnisse allen zugänglich zu machen sowie miteinander und voneinander zu profitieren.

Der DRK-Arbeitskreis Familienbildung, in dem seit 1996 die 14 anerkannten Familienbildungseinrichtungen im Deutschen Roten Kreuz NRW organisiert sind, entschied sich für das sehr anspruchsvolle Modell EFQM (European Foundation for Quality Management). Der Ursprung von EFQM liegt im Wirtschaftsbereich. Für Weiterbildungseinrichtungen entwickelte das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung eine eigene Version.

GRUNDPRINZIPIEN DES EFQM-MODELLS

Das EFQM-Modell beruht auf acht Grundprinzipien, die sich in der Bewertung wieder finden. Darüber hinaus fließt auch die Gestaltung des Bewertungs- und Verbesserungsprozesses mit ein.

Einige dieser Grundprinzipien sind für die im Arbeitskreis zusammen geschlossenen Familienbildungseinrichtungen seit jeher selbstverständlich und überlebensnotwendig gewesen: Hierzu gehören die Ausrichtung auf die Teilnehmenden, die Beteiligung und Entwicklung der Mitarbeitenden, die soziale Verantwortung, das kontinuierliche Lernen, die Innovation und Verbesserung.

Daneben erfordert das Verfahren der EFQM die systematische Entwicklung von Partnerschaften mit den Interessenpartnern, die klare Ergebnisorientierung und das Management mittels Daten und Fakten sowie Führung und Zielkonsequenz.

VERBUNDVALIDIERUNG NACH EFQM

Durch die Vorgabe der Landesregierung in 2007, ab dem Jahr 2010 die Landeszuschüsse nach dem Weiterbildungsgesetz nur noch bei Vorliegen eines Zertifikates eines anerkannten Qualitätsmanagementsystems zu gewähren, entschieden sich die DRK-Familienbildungseinrichtungen vor dem Hintergrund ihrer positiven Erfahrungen für eine Verbundvalidierung nach EFQM.

Diese Entscheidung war wirtschaftlich sinnvoll. Sie war und ist im Kern eine Entscheidung, die durch die konsequente Weiterentwicklung des Netzwerkgedankens getragen wird. Weit über das Finanzielle hinaus kommt eine Ressourcen schonende Form des gemeinsamen Organisierens zum Ausdruck und verleiht diesem Gedanken eine angemessene institutionelle Gestalt. Der DRK-Arbeitskreis Familienbildung zeigt damit beispielhaft, dass er am Puls der Zeit ist und flexibel reagieren kann, dass seine Mitgliedseinrichtungen kreativ sind und

*Heike TROTTEMBERG
Leiterin DRK-Familienbil-
dungswerk, Kreisverband
Mettmann e. V.
für die Landesarbeitsge-
meinschaft Arbeitskreis
Familienbildung im
Deutschen Roten Kreuz
Nordrhein-Westfalen
heike.trottenberg@drk-
mettmann.de*



verantwortlich mit ihren Ressourcen umgehen. Mit diesem Schritt wurde die Chance genutzt, eine neue Struktur zu beschreiben, zu reflektieren und ihr von externen Experten ihren Wert zusprechen zu lassen: dies ist der eigentliche Sinn des Wortes »validieren«.

Familienbildung in Nordrhein-Westfalen ist gefordert, niederschwellig anzusetzen und den vielfältigen, wechselnden Lebensformen und Lebenslagen von Familien gerecht zu werden. Dies erfordert von den Leiterinnen und Leitern und den Mitarbeitenden in den Familienbildungsstätten eine hohe Professionalität sowohl in der Familienbildung als erwachsenenpädagogischem Handlungsfeld als auch in der Steuerung / dem Management ihrer Einrichtungen.

VERBESSERUNGSPROJEKTE ALS ERGEBNIS DER BEWERTUNG

Zwischen 2008 und 2010 stand der Arbeitskreis als Netzwerkorganisation im Fokus der systematischen Selbstbewertung. Das Ergebnis der Bewertung waren drei Verbesserungsprojekte:

1. Die Überprüfung und Weiterentwicklung der eigenen Schlüsselprozesse

Im Projekt »Schlüsselprozesse« reflektierte das Netzwerk seine zentralen Aufgaben unter zwei Fragestellungen:

Tun wir das Richtige, also das, wofür wir gegründet wurden und was unsere Interessenpartner von uns und nur von uns erwarten können?

Tun wir es richtig? Arbeiten wir an unseren zentralen Aufgaben auf die richtige Art und Weise?

Mit diesem Projekt bewies der DRK-Arbeitskreis Familienbildung, dass er zu einer grundlegenden Aufgabenkritik imstande ist, dass er sich auf seine Interessenpartner ausrichtet und sich selbst modernisieren kann.

2. Die Entwicklung eines Marketingkonzepts für den Arbeitskreis und seine Mitglieder

Die DRK-Familienbildungseinrichtungen entwickelten ein professionelles Marketingkonzept.

Das Projekt resultiert aus der Feststellung, dass DRK-Familienbildung zukünftig noch deutlicher im Land bei den politischen Akteuren und in der Fachöffentlichkeit erkennbar sein muss.

3. Bedarfsorientierter Ausbau fachlicher Kompetenzen

Das Projekt knüpft an die Beobachtung an, dass die bisherigen Erfolge in der Zusammenarbeit vor allem aufgrund der hohen Professionalität der Beteiligten erreicht werden konnten und folgt der Erkenntnis, dass Stillstand Rückschritt bedeutet. Professionelle Familienbildung ist vor fachliche und politische Herausforderungen gestellt:

- Neue lokale Netzwerke
- Differenzierte Lebensformen der Familien
- Schnittstellen mit dem Schul- und Ausbildungssystem
- Demographische Veränderungen
- Integration und Inklusion.

All diese Themen verlangen nach der Reflexion der konzeptionellen Arbeit und zugleich des effizienten Managements der Familienbildungseinrichtungen. Dafür wurde ein Weiterbildungskonzept entwickelt, das ab Ende 2010 verwirklicht werden wird.



Bei der Validierung bestätigte das Deutsche EFQM-Center, dass alle drei Verbesserungsprojekte erfolgreich bestanden wurden – für das Zertifikat hätte es bereits ausgereicht, wenn nur zwei von den dreien gelungen wären. Der Qualitätsentwicklungsprozess würdigt die strategische Kompetenz der beteiligten Führungskräfte in Verbindung mit ihrer Fähigkeit zur Selbsterneuerung und ihrer Bereitschaft zur gesellschaftlichen Verantwortungsübernahme.

Zugleich stellt sich die Landesarbeitsgemeinschaft DRK-Familienbildung als ein professionell gestalteter institutioneller Ort dar, der den beteiligten Führungskräften eine gute Basis für zukünftige Entwicklungen bietet.

EFQM: Auf dem Weg zur Qualitätssicherung

Von Gisela Bosle

EFQM – Selbstreport, Kriterien, Projekte, Befähiger, kundenbezogene Ergebnisse usw. Eine Lawine neuer theoretischer Begriffe und Denkweisen bricht in die funktionierende, durchorganisierte Arbeit des Arbeitskreises Familienbildung des Deutschen Roten Kreuzes ein.

Wir haben uns gefragt:

Wie profitiert die Familienbildung vor Ort davon?

Muss ein so großer, zusätzlicher Arbeitsaufwand betrieben werden, damit die Qualität der Familienbildung durch den Arbeitskreis weiter entwickelt werden kann?

Bleibt vielleicht die Arbeit, die wir bislang jeden Tag leisten, auf der Strecke?

Drei Jahre haben wir uns intensiv mit den Grundlagen der Validierung auseinandergesetzt und festgestellt – es war wichtig diesen Schritt zu gehen.

In drei ausgewählten Projekten (s. vorheriger Artikel) haben wir schon in der Projektphase erfahren können, wie uns die EFQM-Handwerkszeuge ermöglichen, zielgerichteter, verantwortungsbewusster und ergebnisorientierter zu arbeiten. In unserer intensiven Zusammenarbeit hat jeder seine eigenen Stärken wahrnehmen können und seine persönlichen Qualitäten optimal und eigenverantwortlich eingebracht.

Es war für uns alle eine Zeit großer zusätzlicher Arbeitsbelastung, aber sie hat sich gelohnt! Die Grundlage für feste Säulen, die nun unsere Arbeit zusätzlich stützen, wurde gelegt. Begrifflichkeiten und Denkweisen, die uns vor drei Jahren noch fremd waren, haben wir verinnerlicht und wissen sie für unsere Arbeit zu nutzen. Gestärkt gehen wir in den Prozess, die Ergebnisse der Arbeit im Arbeitskreis der Familienbildung des Deutschen Roten Kreuzes als Landesarbeitsgemeinschaft kompetent, zielbewusst und innovativ auf dem Markt zu positionieren.



*Gisela BOSLE
Leiterin DRK-
Familienbildungswerk
Aachen für die Landesar-
beitsgemeinschaft Arbeits-
kreis Familienbildung im
Deutschen Roten Kreuz NW*



Vorrang der Jugendhilfe

Effektive Präventionspolitik in NRW – Abschlussbericht der Enquete- kommission III

Von Christoph Gilles

Anlass für die Einsetzung der Enquetekommission III war der Gefangenemord in der Jugendstrafanstalt Siegburg. Aufgabe war es zu untersuchen, warum Kinder und Jugendliche kriminell werden und wie dem wirksam entgegen gesteuert werden kann. Außerdem sollten die vorhandenen Erziehungs- und Strafmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf Verbesserungsmöglichkeiten untersucht werden. Der Abschlussbericht der Enquetekommission III des Landtags NRW zur »Erarbeitung von Vorschlägen für eine effektive Präventionspolitik gegen Jugendkriminalität in NRW« liegt seit März 2010 vor. Neben den Vertretern der vier Landtagsfraktionen haben Sachverständige aus Wissenschaft, Erziehungshilfe und aus dem LVR-Landesjugendamt Rheinland in der Enquetekommission mitgewirkt.

Die im Konsens getroffenen Aussagen der Kommission bündeln sich in 35 Handlungsempfehlungen, die wichtige Impulse für eine zukünftige Jugendpolitik geben. Zugleich sind sie eine Orientierung für die strategische und konzeptionelle Ausrichtung der Jugendhilfe in den Kommunen und auch beim LVR-Landesjugendamt Rheinland.

ZENTRALE AUSSAGEN DES BERICHTES

Frühe Hilfen weiter ausbauen

Die frühzeitige Unterstützung von Familien soll Fehlentwicklungen bei Kindern entgegenwirken. Aufsuchende Angebote, z. B. von Familienhebammen, erreichen alle Familien, vermeiden Stigmatisierung, bauen Hemmschwellen ab und ermöglichen bei Bedarf das sofortige Einleiten weiterer Maßnahmen. Die frühen Hilfen sind dabei als Teil eines kommunalen Gesamtkonzepts zu sehen, wie es im Rahmen des LVR-Modellprojekts »NeFF – Netzwerk Frühe Förderung« erfolgreich erprobt wurde.

Vernetzung ist wichtig

Damit die Präventionsarbeit vieler Beteiligten optimal funktioniert, müssen die Akteure miteinander vernetzt sein. Die Koordination dieser Vernetzung sollte insbesondere dem Jugendamt in der Gesamtverantwortung für die Jugendhilfe verbindlich übertragen werden. Dabei gilt es besonders, die Verbindungen der Jugendhilfe zum Gesundheitswesen, zu Schule, Polizei und Justiz zu vertiefen und zu qualifizieren. Auch hier haben die Erkenntnisse von NeFF und der LVR-Koordinationsstelle Kinderarmut Berücksichtigung gefunden.

Kinder- und Jugendhilfe rechnet sich

Kinder und Jugendliche müssen zu einem eigenverantwortlichen Leben befähigt werden, das ein Abgleiten in kriminelle Karrieren verhindert. Studien zeigen: Jeder in die Jugendhilfe



*Christoph GILLES
Abteilungsleiter im LVR-
Landesjugendamt Rheinland
Tel 0221 809-6253
christoph.gilles@lvr.de*

investierte Euro spart langfristig etwa 3 Euro an Folgekosten. Zur Finanzierung empfiehlt die Kommission die Einrichtung eines Landes-Präventionsfonds, der unter anderem aus Landesmitteln und Bußgeldern gespeist wird.

Jugendhilfe statt Jugendhaft

Trotz aller Bemühungen kann nicht immer verhindert werden, dass ein junger Mensch straffällig wird. Normverstöße gehören zum Erwachsenwerden, dürfen aber nicht ohne Konsequenz bleiben. Hier muss schnell und angemessen reagiert werden. Dies gilt insbesondere für die verhältnismäßig kleine Gruppe der so genannten Intensivtäter. Jugendhilfe wirkt auch bei straffälligen Jugendlichen. Selbst die Jugendstrafe kann alternativ in einer Jugendhilfeeinrichtung vollzogen werden. In diesem Zusammenhang ist auch der weitere Ausbau von Angeboten der U-Haftvermeidung erforderlich. Also: Vorrang der Jugendhilfe vor dem Vollzug!

Niemanden fallen lassen

Es wird immer eine Gruppe Straftäter geben, denen das Gefängnis nicht erspart werden kann. Diese jungen Menschen dürfen nicht aufgegeben werden. Eine Perspektive für die Zeit nach der Entlassung ist unerlässlich. Schule und Berufsausbildung sind dafür unverzichtbare Grundlagen. In allen Jugendstrafanstalten müssen entsprechende Angebote zur Verfügung stehen.

Fachkräfte stärken

Die Fachkräfte aller Bereiche müssen durch gezielte Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, aber auch durch entsprechende Wertschätzung besser unterstützt werden. Diese Empfehlung ist umso wichtiger, da zum einen die Jugendhilfe mittelfristig mit einem bedrohlichen Fachkräftemangel zu kämpfen haben wird und zum anderen bei öffentlichen und freien Trägern die notwendigen Fortbildungsmittel nur noch sehr eingeschränkt zur Verfügung stehen.

Die Jugend ist besser als ihr Ruf

Einzelne Negativbeispiele verstellen den Blick darauf, dass die meisten Kinder und Jugendlichen in einem sicheren sozialen Umfeld aufwachsen. Junge Menschen haben Potenzial und engagieren sich in vielfältiger Weise – dies gilt es zu fördern. Eine Übertragung eines umfassenden Präventionsparadigmas auf alle Bereiche der Jugendhilfe würde bedeuten, dass Kindheit und Jugend unter den Generalverdacht einer zunehmenden Gefährdung und defizitären Entwicklung gestellt wird, insgesamt als Risikofaktor gesehen wird.

Die Jugendhilfe hat deshalb nicht nur einen präventiven Auftrag, sondern soll durch ihre Angebote in Kindertageseinrichtungen, Jugendarbeit, Familienbildung etc. das Aufwachsen aller Kinder und Jugendlichen begleiten und unterstützen.

Sie finden den vollständigen Abschlussbericht der Enquetekommission III auf den Internetseiten des nordrhein-westfälischen Landtags unter www.landtag.nrw.de.





Kinderbetreuung nah am Arbeitsplatz

Beim Landschaftsverband Rheinland in Köln hat im April 2010 eine Tagung zur betriebsnahen Kindertagesbetreuung stattgefunden. Rund 100 Vertretungen aus Unternehmen, Jugendämtern, der freien Wohlfahrtspflege, der Politik und von Trägern von Kindertageseinrichtungen kamen zusammen, um die verschiedenen Facetten des Themas zu beleuchten. Und das ist wichtiger denn je – denn um gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen und an ein Unternehmen zu binden, wollen immer mehr Firmen ihre Angebote zur betrieblich unterstützten Kinderbetreuung ausbauen.

Der größte Teil der Veranstaltung widmete sich ganz praktischen Aspekten. Verschiedene Beispiele guter Praxis zeigen, dass die komplexen Anforderungen einer guten Bildungs- und Betreuungssituation für die Kinder und die Anforderungen und Besonderheiten einer betrieblichen Kindertagesbetreuung gut vereinbar sind. Als überaus hilfreich stellt sich dabei immer wieder eine enge Kooperation von örtlicher Jugendhilfeplanung, freien Trägern und Unternehmen dar. Zudem wurden finanzielle Fördermöglichkeiten betriebsnaher Kindertageseinrichtungen durch den Europäischen Sozialfonds erläutert und das LVR-Landesjugendamt stellte sein Beratungsangebot vor.

LVR-Fachbereich Kommunikation

Forschungsprojekt zu schulischer Inklusion

Seitdem die UN-Konvention zu den Rechten von Menschen mit Behinderung in Kraft getreten ist, ist das Thema »Inklusion« in aller Munde. Der Landschaftsverband Rheinland tut alles in seiner Macht stehende, um die inklusive Gesellschaft im Rheinland zu verwirklichen. Um auch im schulischen Bereich voran zu kommen, hat der LVR nun die Universität Würzburg mit einem Forschungsprojekt beauftragt. Im Rahmen der Studie soll geklärt werden, wie schulische Bildungsangebote für Schülerinnen und Schüler mit Körper- und Mehrfachbehinderungen weiterentwickelt und verbessert werden können. Insbesondere die Qualitätsbedingungen für den Ausbau der Angebote gemeinsamer Beschulung werden die Forscher um Prof. Dr. Lelgemann in den Blick nehmen. Das Projekt startete im April 2010 und läuft bis Juni 2012. Die Kosten betragen rund 140.000 Euro.

In die Studie sind sowohl fünf Förderschulen aus den Regierungsbezirken Köln und Düsseldorf als auch Allgemeine Schulen eingebunden. Während an den Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien die strukturellen Bedingungen dokumentiert werden, steht bei den Förderschulen die Beschreibung des individuellen Förderbedarfs im Mittelpunkt. Auf Initiative der Förderschulen für körperliche und motorische Entwicklung sollen mit Unterstützung der Forscher integrative und perspektivisch inklusive Bildungsangebote an den Allgemeinen Schulen entstehen.

LVR-Fachbereich Kommunikation

Start der Kampagne »K.o.cktail – Unsichtbare Drogen im Glas«



K.o.-Tropfen (Knock-out – engl. für »jemanden außer Gefecht setzen«) werden unbemerkt verabreicht, um einen anderen Menschen in einen willen- und hilflosen Zustand zu versetzen.

Immer wieder kommt es vor, dass einer Person K.o.-Tropfen oder Medikamente mit betäubender Wirkung unbemerkt in ein Getränk gemischt werden, um sie zu betäuben, auszurauben und/oder zu vergewaltigen. Betroffen sind häufig Mädchen und Frauen aller Altersgruppen, die unter dem Einfluss von K.o.-Tropfen vergewaltigt oder sexuell belästigt werden – Opfer werden aber auch Jungen und Männer (hier vor allem Schwule) im Rahmen von Raub- oder Sexualdelikten. K.o.-Tropfen werden an unterschiedlichen Orten eingesetzt sowohl auf Partys und in Diskos als auch im Rahmen privater Treffen, in der Nachbarschaft oder in der Familie.

Antworten auf die Frage, wie man sich schützen kann und viele andere Fragen hat der Arbeitskreis »K.o.-Tropfen Köln« für Betroffene und Interessierte erarbeitet. Das Ziel war, der großen Unsicherheit, die im Zusammenhang mit dem Thema nach wie vor herrscht, fundiertes Wissen und hilfreiche Informationen entgegenzusetzen.

Mit der Stabsstelle Gleichstellung und Gender Mainstreaming und dem Fachbereich Soziales Entschädigungsrecht beteiligt sich auch der Landschaftsverband Rheinland am Bündnis gegen K.o.-Tropfen. Ausführliche Informationen finden Sie auf der Homepage www.ko-tropfen-koeln.de. Hier können auch Flyer, Postkarten und Plakate heruntergeladen oder bestellt werden.

Bedarfsplanung im Bereich der Kindertagesbetreuung – Antworten auf häufig gestellte Fragen



Gesetzliche Veränderungen der letzten Jahre stellen neue Anforderungen an die kommunale Jugendhilfeplanung im Bereich der Kindertagesbetreuung in Einrichtungen und in der Kindertagespflege.

So regelt das Kinderbildungsgesetz NRW (KiBiz) unter anderem die Finanzierung und die Gruppenformen in den nordrhein-westfälischen Einrichtungen neu und erfordert auf kommunaler Ebene eine jährliche Fortschreibung der Gruppenstrukturen und des Platzbedarfs in den Einrichtungen und in der Kindertagespflege.

Das Kinderförderungsgesetz formuliert bundesweit für das Jahr 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten Geburtstag. In den Städten, Gemeinden und Kreisen müssen daher bereits jetzt entsprechende Planungen und Bauvorhaben umgesetzt werden. Gerade dies stellt eine besondere planerische Herausforderung dar, da sich die mittel- bis längerfristige Planung alleine auf Prognosedaten beziehen kann.

In der Broschüre werden häufig gestellte Fragen zur Ausbauplanung im Bereich der unter Dreijährigen, zum KiBiz und zur Bedarfsplanung in der Kindertagesbetreuung aufgegriffen und Lösungsansätze sowie Anregungen dazu formuliert. Zudem werden statistische Daten und Literaturhinweise für die Jugendhilfeplanung zur Verfügung gestellt.

Auf der Internetseiten des LVR unter der Rubrik Jugendhilfeplanung > Pinnwand steht die Arbeitshilfe als PDF-Datei zur Verfügung. Hier soll sie auch fortgeschrieben werden. Neue Themen und Fragen greifen wir auf und beantworten sie öffentlich. Sie sind eingeladen, sich an dieser Fortschreibung mit Fragen, Lösungsansätzen und Ideen zu beteiligen. Die gedruckte Arbeitshilfe können Sie über das E-Mail-Bestellsystem des Landschaftsverbands Rheinland unter www.lvr.de/jugend > Service > Publikationen oder bei Frau Breyer, hendrika.breyer@lvr.de, bestellen. (sr)

Jugendhilfe & Schule inform 1/2010

Die Ausgabe 1/2010 der Online-Zeitschrift »Jugendhilfe & Schule inform« ist eine Sonderausgabe anlässlich der Messe »ganz!dabei« zum Ganzttag in der Sekundarstufe I am 15. April 2010 in Hamm.

Im Schwerpunkt geht es um konkrete Zugänge und Praxisbezüge für die Kooperation von Schulen mit der Kinder- und Jugendhilfe im Ganzttag der Sek. I sowie um die inhaltlichen Grundlagen des Ganztags in der Sek. I. Im Schlaglicht finden Sie die Beiträge »Individuelle Förderung: Herausforderung und Chance« und »Fördern und Fordern: Eine solomonische Formel?«. In der Sparte »Das Projekt« werden Erfahrungen und Modelle aus verschiedenen kooperativen Handlungsfeldern präsentiert.

In der Rubrik NRW finden Sie die Ergebnisse einer Befragung zur »Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit durch die Kooperation mit Schule«.

Die aktuelle Ausgabe der »inform« können Sie kostenlos unter www.jugend.lvr.de > Service > Publikationen herunterladen.



Wechsel im Vorsitz der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter



Birgit ZELLER

Auf ihrer 108. Arbeitstagung vom 24. bis 26. März 2010 in Stuttgart wählten die Leitungen der bundesdeutschen Landesjugendämter Birgit Zeller, Leiterin des Landesjugendamts Rheinland-Pfalz, einstimmig zur neuen Vorsitzenden. Die Neuwahl war erforderlich, weil der bisherige Vorsitzende und Leiter des Bayerischen Landesjugendamts, Dr. Robert Sauter, Ende September dieses Jahres seine aktive Dienstzeit beenden wird. Mit der Neuwahl ist seit dem 1. Mai 2010 der Wechsel der »federführenden Stelle« der BAGLJÄ von München nach Mainz verbunden.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (BAGLJÄ) ist der Zusammenschluss der 17 Landesjugendämter als überörtliche Träger der Jugendhilfe. Zu den wesentlichen Aufgaben der Landesjugendämter zählen die Qualifizierung und Weiterentwicklung der fachlichen Grundlagen der Kinder- und Jugendhilfe, der Schutz von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Heimaufsicht, die Fortbildung der Fachkräfte sowie die zentralen Adoptionsstellen. Die BAGLJÄ wendet sich mit Stellungnahmen, Empfehlungen und Arbeitshilfen an die Fachöffentlichkeit und nimmt zur Gesetzgebung im Bereich der Jugendhilfe auf Bundesebene Stellung.



Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (BAGLJÄ)
federführende Stelle Landesjugendamt Rheinland-Pfalz
Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz
Rheinallee 97 – 101, 55118 Mainz
Tel 06131 967-289, www.bagljae.de

Aktuelles aus der Gesetzgebung

Unter dieser Überschrift erhalten Sie einen Überblick über wichtige jugendhilferelevante neue Gesetze, Verordnungen und Erlasse des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen sowie über aktuelle Gesetzesvorhaben.



Regine TINTNER
LVR-Landesjugendamt
Rheinland
Tel 0221 809-4024
regine.tintner@lvr.de

AUS DER BUNDESGESETZGEBUNG

RÜCKNAHME DER VORBEHALTSEKTLÄRUNG ZUR UN-KINDERRECHTSKONVENTION

Am 3. Mai 2010 hat das Bundeskabinett die Rücknahme der Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention beschlossen. Die Bundesregierung hatte sich bei der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention im Jahre 1992 vorbehalten, Unterschiede

zwischen inländischen und ausländischen Kindern zu machen. Die Rücknahme der Vorbehaltserklärung wird nun dem Generalsekretär der Vereinten Nationen übermittelt.

VEREINFACHUNG DES ELTERNGELDVOLLZUGS

Der Bundesrat hat einen Gesetzentwurf zur Vereinfachung des Bezugs von Elterngeld vorgelegt. [BT-Drs. 17/1221]

Dieser sieht vor, die Einkommensermittlung durch die Pauschalierung von Steuern und Abgaben zu erleichtern. Die Umstellung der Berechnung des Nettoeinkommens soll durch die deutliche Verringerung der aus den Lohn- und Gehaltsbescheinigungen zu bewertenden Positionen zu einer Vereinfachung des Vollzugs führen. Ferner soll die Anrechenbarkeit des Mindestgeschwisterbonus auf andere Leistungen beseitigt werden.

KINDERLÄRM

In ihrer Antwort (BT-Drs. 17/1194) auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen kündigt die Bundesregierung Änderungen im Immissionsschutzrecht und der Baunutzungsverordnung im Hinblick auf Kinderlärm an, welcher nach Auffassung der Bundesregierung kein Anlass für gerichtliche Auseinandersetzungen sein darf. Die Bundesregierung prüft, welche Änderungen des Lärmschutzrechts vorgenommen werden müssen, um diesem Anliegen gerecht zu werden.

Danach ist beabsichtigt, im Rahmen der im Jahr 2011 geplanten Novelle des Bauplanungsrechts eine generelle Zulässigkeit von Kindertagesstätten in reinen Wohngebieten durch eine Änderung von § 3 BauNVO vorzuschlagen. Außerdem prüft die Bundesregierung die Änderung von immissionsschutzrechtlichen Regelungen.

NOVELLIERUNG DES JUGENDMEDIENSCHUTZ-STAATSVERTRAGES

Die Ministerpräsidenten der Länder haben am 25. März 2010 die Neufassung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages (JMStV) beschlossen.

Hierdurch werden die Jugendschutz-Richtlinien aus Rundfunk- und Fernsehen auch auf die Angebote des Internets übertragen. Sämtliche Webseiten und Online-Spiele sollen künftig eine Alterskennzeichnung bekommen. Kontrollinstanz soll die Kom-

mission für Jugendmedienschutz der Landesmedienanstalten (KJM) sein. Die Alterskennzeichnung soll es Jugendschutz-Programmen ermöglichen, bestimmte Inhalte im Netz für jüngere Nutzer freizugeben oder zu sperren. Entsprechende Programme sollen die Provider zukünftig leichter zugänglich machen.

Der Entwurf des neuen Staatsvertrags soll nach der Vorunterrichtung der Länderparlamente auf der nächsten Konferenz der Ministerpräsidenten am 10. Juni 2010 endgültig unterzeichnet werden und am 1. Januar 2011 in Kraft treten.

AUS NORDRHEIN-WESTFALEN

UTEILNAHMEDATVO

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) hat einen Entwurf zur Änderung der »Verordnung zur Datenmeldung der Teilnahme an Kinderfrüherkennungsuntersuchungen/U-Untersuchung« erarbeitet. Zur Vermeidung von Fehlmeldungen soll eine unverzügliche Übermittlung der Daten durch die Meldebehörde aufgenommen werden. Zudem sieht der Entwurf eine Ermächtigung der Zentralen Stelle vor, aktuelle Meldedaten über ein vom Innenministerium zugelassenes Portal abzurufen, was zu einer Verfahrensvereinfachung führen soll. Schließlich sollen die Erinnerungsfristen an das ermittelte tatsächliche Untersuchungsverhalten der Eltern angepasst werden. Durch die Ausweitung der Fristen sollen unnötige sog. falsch-positive Meldungen vermieden werden.

Monatlich aktuelle Informationen zu Rechtsfragen aus der Kinder- und Jugendhilfe bekommen Sie im Newsletter »Rechtsfragen der Jugendhilfe« des LVR-Landesjugendamtes Rheinland, den Sie unter www.lvr.de/jugend > Service abonnieren können.



Bericht aus dem Landesjugendhilfe- ausschuss am 20. März 2010

Die letzte Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses in der 12. Wahlperiode fand am 20. März 2010 auf der didacta Bildungsmesse in Köln statt und stand unter dem Motto »Woran erkenne ich eine gute Tageseinrichtung für Kinder?«. Zu diesem Thema referierte Dr. Gabriele Haug-Schnabel von der Forschungsgruppe Verhaltensbiologie (FVM), Kändern und Privatdozentin an der Universität Freiburg.

Der Vorsitzende des Landesjugendhilfeausschusses, Professor Jürgen Rolle, resümierte abschließend, dass gemeinsam mit den Trägern weiter daran gearbeitet werden müsse, die Kindertageseinrichtungen zu kindgerechten Bildungsinstitutionen weiterzuentwickeln. Gute frühkindliche Bildung könne nur unter guten Rahmenbedingungen gelingen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung verabschiedete der Ausschussvorsitzende Professor Rolle den ehemaligen LVR-Jugenddezernenten Michael Mertens aus dem Ausschuss und dankte ihm für seine engagierte Arbeit im Jugendbereich.

Der Ausschuss behandelte abschließend die Überführung des Projekts »Die Chance« als Gruppe zur Untersuchungshaftvermeidung in ein reguläres Angebot der LVR-Jugendhilfe Rheinland. Diese Gruppe besteht seit Juni 2006 und wird nach einer Verlängerung nun als reguläres Angebot weitergeführt.

Weitere Informationen zu den Mitgliedern des Landesjugendhilfeausschusses Rheinland, den Dokumentationen der Jugendhilfekonferenzen und Vorlagen des Landesjugendhilfeausschusses finden Sie im Internet unter www.lvr.de/jugend.

*Andrea FISCHER-GEHLEN
LVR-Landesjugendamt
Rheinland
Tel 0221 809-6204
andrea.fischer-gehlen@lvr.de*

Der Ganzttag in Nordrhein-Westfalen – aktueller Stand

Von Alexander Mavroudis und Dr. Karin Kleinen

Der Titel des 9. Kinder- und Jugendberichts der Landesregierung »Bildung, Teilhabe, Integration – Neue Chancen für junge Menschen in Nordrhein-Westfalen« spiegelt die in den letzten Jahren gewachsene Aufmerksamkeit für das Thema Bildung und die Erwartung wieder, dass nicht nur Schule, sondern auch außerschulische Bildungsanbieter wie die Kinder- und Jugendhilfe gefordert sind, Bildungsprozesse von und mit Kindern und Jugendlichen zu gestalten.

Ein an Bedeutung kontinuierlich wachsendes Handlungsfeld ist in diesem Zusammenhang der Ganzttag. Der Ganzttag in NRW wird seit 2003 schrittweise ausgebaut. Anfang 2010 hat das Schulministerium in einem Bericht an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung des Landtags NRW den aktuellen Stand in Primarstufe und Sekundarstufe I dargelegt (Download unter www.msw.nrw.de > Ganzttag). Demnach ergibt sich folgendes Bild:

DIE OFFENE GANZTAGSSCHULE IM PRIMARBEREICH (OGS)

Seit der Einführung der OGS im Jahr 2003 ist die Zahl der Ganztagsplätze für Kinder in der Primarstufe kontinuierlich gewachsen. Im aktuellen Schuljahr 2009/2010 gibt es rund 203.000 Plätze an:

- 2.677 Grundschulen, das entspricht einer Versorgungsquote von rund 86 Prozent; darüber hinaus gibt es zurzeit noch 15 gebundene Ganztagsgrundschulen.
- 240 der insgesamt 706 Förderschulen im Primar- und Sekundarbereich; 216 der Förderschulen sind gebundene Ganztagschulen (davon 25 neue Förderschulen mit erweitertem Ganztagsbetrieb). Insgesamt ist hier eine Versorgungsquote von rund 64 Prozent erreicht. Über die Betreuungspauschale, die allen OGS zur Verfügung steht, werden zudem eine Übermittagsbetreuung für Kinder, die nicht an der OGS teilnehmen, sowie Angebote außerhalb des Zeitrahmens der OGS, in den Ferien sowie zur Intensivierung von OGS-Angeboten gefördert.

Darüber hinaus gibt es für Schulen, die noch keine OGS sind, da Bedarfe nicht ausreichen, nach wie vor eine Übermittagsbetreuung aus dem Programm »Schule von acht bis eins« sowie (in ländlichen Regionen) Nachmittagsangebote aus dem Programm »Dreizehn Plus«.

Die ursprüngliche Planzahl von 200.000 OGS-Plätzen in Nordrhein-Westfalen (entspricht rund 25 Prozent aller Kinder in der Primarstufe) ist bereits überschritten. Für das nächste Schuljahr 2010/2011 hat das Land Mittel für bis zu 225.000 Plätze zur Verfügung gestellt. Ob das ausreicht oder ob die Bedarfe in den nächsten Jahren weiter wachsen werden, bleibt abzuwarten.

DIE QUALITÄTSINITIATIVE HAUPTSCHULE

Mit der Qualitätsinitiative Hauptschule hat 2006 der Ausbau von neuen Ganztagschulen im Bereich der Sekundarstufe I begonnen. Im Gegensatz zur OGS handelt es sich hierbei um gebundene Ganztagsysteme, die mit einem 30-prozentigen Lehrerzuschlag gefördert werden. Bis zum laufenden Schuljahr 2009/2010 sind 229 neue Ganztags Hauptschulen entstanden,



Alexander MAVROUDIS
LVR-Landesjugendamt
Rheinland
Tel 0221 809-6932
alexander.mavroudis@lvr.de



Dr. Karin KLEINEN
LVR-Landesjugendamt
Rheinland
Tel 0221 809-6940
karin.kleinen@lvr.de

an denen der erweiterte Ganztagsbetrieb schrittweise ausgebaut wird. Gemeinsam mit den bereits bestehenden »alten« 104 Ganztags Hauptschulen (mit 20-prozentigem Lehrerzuschlag) sind damit 333 der 672 Hauptschulen im Ganztag – also rund 50 Prozent.

DIE GANZTAGSOFFENSIVE FÜR DIE SEKUNDARSTUFE I

Mit der Ganztagsoffensive für die Sekundarstufe I wird der Ausbau von Ganztagschulen und ganztagsorientierten Angeboten an Schulen der Sek. I seit Februar 2009 auf weitere Schulformen ausgeweitet. Ein Schwerpunkt ist der Ausbau von gebundenen Ganztagsrealschulen und Gymnasien:

- Im Bereich der Realschulen sind im laufenden Schuljahr 2009/2010 bereits 45 Schulen auf dem Weg in den Ganztag; im Schuljahr 2010/11 werden weitere 55 Realschulen dazu kommen. Zusammen mit den bestehenden Ganztagschulen werden dann 127 der insgesamt 559 Realschulen im Ganztag sein (Versorgungsquote von rund 23 Prozent).
- Im Bereich der Gymnasien sind im laufenden Schuljahr 51 Schulen auf dem Weg in den Ganztag; im Schuljahr 2010/11 werden weitere 65 Gymnasien dazu kommen. Zusammen mit den bereits bestehenden Ganztagschulen werden dann 137 der insgesamt 630 Gymnasien im Ganztag sein (Versorgungsquote von rund 22 Prozent).

Der Ausbau soll – vorbehaltlich der 2011 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel des Landes – bedarfsorientiert fortgesetzt werden.

Darüber hinaus stehen im Rahmen des Programms »Pädagogische Übermittagsbetreuung« seit dem 1. Februar 2009 allen Halbtagschulen der Sek. I Lehrerstellenanteile und/oder Barmittel zur Verfügung, mit denen die Bereitstellung einer bedarfsgerechten pädagogischen Übermittagsbetreuung sowie von freiwilligen außerunterrichtlichen Ganztagsangeboten finanziert werden kann. Das Programm wurde an fast allen Schulen der Sek. I umgesetzt; dabei wurden die Angebote des ehemaligen Programms »Dreizehn Plus S I« überführt.

INVESTITIONSMITTEL FÜR DEN GANZTAG

Nachdem die Mittel aus dem Investitionsprogramm des Bundes »Zukunft Bildung und Betreuung« für den Ausbau insbesondere der OGS und von Ganztags Hauptschulen genutzt wurden, hat das Land über das 1.000-Schulen-Programm 2009 zusätzliche 100 Millionen Euro für den Ausbau von Räumlichkeiten für den Ganztag und die pädagogische Übermittagsbetreuung in der Sek. I zur Verfügung gestellt. Diese Mittel sind ausgeschöpft; zurzeit werden Umbaumaßnahmen an rund 1.200 Schulen gefördert. Für weitere notwendige



Foto: Stephanie Hofschlaeger/
pixelio

Investitionen im Ganzttag können sowohl die Mittel der auf 600 Millionen Euro erhöhten Schul- und Bildungspauschale des Landes NRW als auch Mittel aus dem Konjunkturprogramm II der Bundesregierung für den Ganzttag genutzt werden.

QUALITÄTSENTWICKLUNG

Alle beteiligten Akteure sind dauerhaft gefordert, die entstehenden neuen Angebote weiter zu entwickeln: die Schulen, die Bildungspartner aus Jugendhilfe, Kultur, Sport, die kommunalen Ämter, die Schulaufsicht – und das Land.

Vor diesem Hintergrund ist zu begrüßen, dass die Serviceagentur »Ganztätig lernen NRW« (SAG) ihre Arbeit fortsetzen wird (der Vertrag wurde bis 2014 verlängert). Über die SAG wird auch die Förderung von Qualitätszirkeln – im laufenden Schuljahr 66 – und von Fortbildungsangeboten für die Akteure im Ganzttag fortgesetzt.

Auch die vorgesehene Bildungsberichterstattung durch den Verbund von Institut für soziale Arbeit und Deutschem Jugendinstitut/Technische Universität Dortmund von 2010 bis 2014 ist ein wichtiger Baustein für die Qualitätsentwicklung im Ganzttag.

Aus der Perspektive der Kinder- und Jugendhilfe ist von besonderem Interesse, dass der Ganzttag – wie in den entsprechenden Erlassen vorgesehen – zur Öffnung von Schulen führt und sowohl die Kooperation mit außerschulischen Partnern als auch die Verknüpfung von Schul- und Sozialpädagogik nachhaltig in den Schulprogrammen verankert werden.

ganz!dabei Ganztags-Aufbruch in der Sekundarstufe I

Von Matthias Sperling

Am 15. April 2010 fand die 3. Ganztagsmesse in Hamm statt. Über 1.200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten sich bei einer Vielzahl von Ausstellern über den Ganzttag in der Sekundarstufe I informieren. Eine Reihe von Fachvorträgen und Praxisforen boten darüber hinaus die Möglichkeit, sich über die aktuellen Entwicklungen auszutauschen und einen Blick über den »Nachbarzaun« zu werfen.

GELUNGENER START

Bereits zu Beginn wurde durch den großen Anklang deutlich, welchen Stellenwert die Messe unter dem Motto »Ganz dabei!« für den breit gefächerten Teilnehmerkreis aus Schulen und Kommunen, von Trägern der Jugendhilfe sowie weiteren möglichen Kooperationspartnern im Ganzttag hat.

Gemeinsam mit dem LWL-Landesjugendamt Westfalen, dem CVJM Hagen und dem Jugendamt der Stadt Hilden hat das LVR-Landesjugendamt die »Themeninsel Jugendhilfe« gestaltet. In mehreren Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Schulformen am



*Matthias SPERLING
Student – BA Soziale Arbeit
an der FH Köln –
im Praxissemester
beim LVR-Landesjugendamt
Rheinland
Tel 0221 809-6925
matthias.sperling@lvr.de*

LVR-Stand, aber auch in den Foren und beim fachlichen Smalltalk zeigte sich, dass für viele Gymnasien, Real- und Hauptschulen nicht mehr vorrangig die Frage »Ganztag? Ja oder Nein« von Bedeutung ist, sondern lediglich das »Wie?«.

EINBLICKE IN DIE PRAXIS

Mit insgesamt zwanzig verschiedenen Fachvorträgen aus Forschung und Praxis und den damit verbundenen Diskussionen konnten viele offene Fragen auf Seiten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer geklärt und neue Ideen und Lösungsansätze vermittelt werden. Die aufgeführten Praxiskonzepte für pädagogische Übermittagsbetreuungen, für Teilhabeformen von Schülerinnen und Schülern sowie Eltern und die Einbindung von außerschulischen Kooperationspartnern konnten die Gestaltungsmöglichkeiten des Ganztags anschaulich deutlich machen.

Die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Akteuren wurde an vielen Stellen betont und als Chance und Bereicherung verstanden. Dabei zeigte sich sowohl auf Seiten der Schulen als auch der Kooperationspartner ein großes Interesse am jeweils anderen System – und es wurde deutlich, dass man nach wie vor vieles voneinander nicht weiß. Gerade dass Fragen offen gestellt und diskutiert wurden, war ein Beleg dafür, dass die Ganztagsmesse von einer positiven und kollegialen Stimmung geprägt war, was den Umgang mit dem Thema Ganztag und die Auseinandersetzung über die vielen noch vorhandenen »Stolpersteine« für zahlreiche Beteiligte vereinfachte.

*Foto: Stephanie Hofschlaeger/
pixelio*



EINDRÜCKE AUS DER PERSPEKTIVE EINES STUDIERENDEN

Welche Möglichkeiten der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule sind derzeit realisierbar? Welchen Stellenwert hat die Soziale Arbeit für Schulen, auch über die klassische Schulsozialarbeit hinaus? Und mit welchen Kompetenzen kann die Soziale Arbeit den Lebens- und Lernort Schule mitgestalten? Mit all diesen Fragen, aus der Sicht eines Studenten der Sozialen Arbeit, fuhr ich zur Ganztagsmesse nach Hamm. Das Fazit, das ich nach den Gesprächen am LVR-Stand, den Vorträgen und Diskussionen in den Foren ziehen kann, fällt sehr gemischt aus.

Auf der einen Seite bleibt der Eindruck, dass viele Schulen und Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe ihre Kooperationsspielräume nutzen und ausbauen (wollen). Auch die Schulsozialarbeit – nicht als Modul im Ganztag, sondern als eigenständiges Arbeitsfeld für sozialpädagogische Fachkräfte in und mit Schulen – scheint sich mehr und mehr zu etablieren bzw. von großem Interesse für schulische Akteure zu sein.

Auf der anderen Seite blieben jedoch zwei »Wermutstropfen«, die nachdenklich stimmen:

- Die Chancen, die mit der Verknüpfung der unterschiedlichen Disziplinen und Ressourcen

aus Schule und Jugendhilfe einhergehen – eine Schule als Lebens- und Lernort für Schülerinnen und Schüler zu gestalten –, scheinen für einige Akteure (noch) nicht »im Blick« zu sein und/oder drohen an althergebrachten Strukturen und »kulturellen Eigenarten« der jeweiligen Professionen zu scheitern.

- Schulsozialarbeit wird aus der Perspektive von Schulen wie auch von sozialpädagogischen Fachkräften selbst immer noch eher als »Feuerwehr« verstanden, die dafür da ist, Krisen in der Schule zu bewältigen und vermuteten Gefahren präventiv zu begegnen. Das Bewusstsein, dass Schulsozialarbeit als Partnerin auf Augenhöhe agiert und mit eigenem Profil, Handlungsbereichen und Methoden zu einer umfassenden Bildung, Erziehung und Förderung von Kindern und Jugendlichen am Lern- und Lebensort Schule beiträgt, ist nach Aussagen von Beteiligten so gut wie nicht erkennbar.

Dennoch bleibt mir ein positives Bild von der Messe und die Erkenntnis, dass die Soziale Arbeit in Zukunft ihren Stellenwert ausbauen und neue Handlungsfelder – vor allem im Bereich der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule – erschließen und gestalten kann. Hierfür bedarf es sozialpädagogischer Fachkräfte, die auf die Tätigkeit in und mit Schule gut vorbereitet sind. Hier ist auch die Ausbildung an den pädagogischen Fachhochschulen gefragt – und auch da dürfte es noch viel zu tun geben.

Kooperation im Ganzttag – Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung »Der Ganzttag in NRW«, Heft 14

Der Kooperationsverbund zur Wissenschaftlichen Begleitung der offenen Ganzttagsschule im Primarbereich in NRW stellt im Heft 14 der Broschürenreihe »Der GanztTag in NRW« ausgewählte Befunde zum Thema »Kooperation im Ganzttag« vor und greift damit eines der zentralen Schlüsselthemen bei der Entwicklung von Ganzttagsschulen auf. Neben der multiprofessionellen Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure von Ganzttagsschulen stand auch die Elternpartizipation in der OGS im Fokus der Untersuchung.

Im Rahmen der vielfältigen Kooperationsformen und -aktivitäten im Ganzttag konnten Entwicklungstrends, zentrale Einflussbedingungen und Entwicklungsbedarfe beschrieben werden. So zeigte sich über die einzelnen Untersuchungsschwerpunkte hinweg, dass für eine gelingende Kooperation nicht nur gemeinsame Vorstellungen, Ziele und gegenseitiges Vertrauen benötigt werden, sondern auch verbindliche Kooperationsvereinbarungen und die Schaffung von Transparenz zwischen den Kooperationspartnern förderliche Bedingungen sein können.

ganz!dabei – Dokumentation der Ganztagsmesse für die Sek I

Die Vorträge und Praxisbeispiele sowie weitere Materialien sind dokumentiert unter: www.ganztag.nrw.de

Kooperation im Ganzttag: Erste Ergebnisse aus der Vertiefungsstudie der Wissenschaftlichen Begleitung zur OGS
Der GanztTag in NRW, 6. Jahrgang 2010, Heft 14
Herausgegeben vom ISA e.V. Münster/Serviceagentur »Ganztätig lernen in Nordrhein-Westfalen« Münster 2010
Download unter:
www.ganztag.nrw.de



Fliegender Bau in Bergheim: Jugendliche gestalten ihre Stadt

Von Jan Kryszons und Todde Kemmerich

Das SuedWestLabor ist ein Projekt des Woanders e. V., dessen Ziel ist, Jugendliche in Bergheim an der Stadtplanung zu beteiligen. Mit Hilfe künstlerischer Strategien und neuer Medien werden innovative Vorschläge zur Stadtteil- und Lebensraum-Gestaltung vermittelt. Das SuedWestLabor führt, gefördert aus dem Bundesmodellprojekt »Wir setzen Zeichen« in der Sozialen Stadt, zwischen 2009 und 2012 jeweils 3-monatige Projekte im Stadtteil Bergheim Süd-West durch. Den dort lebenden Jugendlichen wird die Möglichkeit gegeben, in ihrem direkten Umfeld auf die in ihren Augen nötigen Veränderungen aufmerksam zu machen und im gleichen Schritt Einblicke in verschiedene Berufe im Medienbereich zu erhalten.

In 2009 befasste sich das Projekt mit der modellhaften Umgestaltung der Architektur in Bergheim Süd-West, einem Stadtteil der 2002 ins Programm »Soziale Stadt NRW« aufgenommen worden ist. Schnell wurde deutlich, dass Jugendliche sich hier vor allem einen eigenen Platz zur selbständigen Freizeitgestaltung wünschten.



Jan KRYSZONS

DAS ExWoSt PROJEKT

Das Anschlussprojekt mit dem Titel »Fliegender Bau« wurde beim Bundesministerium für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Forschungsfeld »Experimenteller Wohnungs- und Städtebau – Jugendliche im Stadtquartier« (ExWoSt) als eines von 31 bundesweiten Modellprojekten ausgewählt. Es beinhaltete die Planung und Aufstellung des »fliegenden Bauwerks«.



Todde KEMMERICH

Das SuedWestLabor arbeitete mit einer Gruppe von ca. 50 Jugendlichen zusammen, die seit mehreren Jahren an Freitagen regelmäßig im Bergheimer Zentrum zusammen kommen und trotz unterschiedlicher Versuche noch keinen festen Ort für ihren Treffpunkt finden konnten. Eine geplante Umgestaltung der Parkfläche vor dem Aachener Tor in Bergheim bot eine gute Möglichkeit, um den Dialog zwischen Stadt, Stadtplanung und den Jugendlichen zu fördern und über die Schaffung einer mobilen Unterstellmöglichkeit zu verhandeln. Ausgelöst durch Konflikte mit Anwohnern und Ordnungsamt und viel Eigeninitiative einzelner Mitglieder der Jugendgruppe hat die Stadt Bergheim fast zeitgleich mit unserem Projektbeginn den Einsatz der mobilen Jugendarbeit erhöht und der Gruppe einen Platz im Park angeboten. Dies erleichterte uns die Kommunikation zwischen Jugendlichen und Vertretern der Stadtverwaltung in Bezug auf den mobilen Unterstand. Die Idee traf bei beiden Seiten auf viel Interesse und eine hohe Kooperationsbereitschaft.

BETEILIGUNGSVERFAHREN

Bei regelmäßigen Treffen im September und Oktober 2009 mit den interessierten Jugendlichen wurden mögliche mobile Bauten im Internet recherchiert, die Bedürfnisse der Jugendlichen diskutiert, mit den städtischen Entscheidungsträgern kommuniziert und Herstellerfirmen aufgesucht. Es fanden Workshops zur Um- und Ausgestaltung des mobilen Bauwerks statt und mit Foto- und Video-Technik wurde eine Dokumentation erstellt, die abends im Park in Form eines Freilichtkinos den »Freitagstrefflern« vorgeführt wurde.

Projektleiter
SuedWestLabor
Woanders e. V.
Tel 0178 7183713
todde@woanders.org
www.suedwestlabor.de www.
woanders.org
www.jugendliche.stadtquar-
tiere.de

Die Jugendlichen hatten viele Varianten kennen gelernt und sich für die einfachste Auf- und Abbau- lösung entschieden. Darum erschien ein Luftzelt, das vor allem auf Messen und Ver- anstaltungen eingesetzt wird und durch ein Kammer- luftsystem ohne tragende Stangen auskommt, nach einigen kleineren Modi- fikationen als besonders geeignet. Türen und Fenster sowie Aufhängungen und Lichtquellen wurden installiert. Das Luftzelt ist innerhalb von 10 Minuten auf- und abbaubar. Aus

einem 100-Liter-Transportsack, den man zu zweit noch gut tragen kann, entsteht mit Hilfe eines Kompressors ein Bauwerk mit ca. 45 qm Grundfläche. Mit einer Anzeige in den örtlichen Such- und Find-Rubriken baten wir um aufblasbare und klappbare Sitzgelegenheiten. Diese wurden uns aus dem gesamten Rhein-Erft-Kreis gespendet.

Am 27. November 2009 wurde der fertige Bau im Park vor dem Aachener Tor aufgestellt und der Öffentlichkeit präsentiert. Es gab Livemusik, Frau Bürgermeisterin Maria Pfordt hielt eine Eröffnungsrede und auf die Stadtmauer wurde eine Foto- und Videopräsentation projiziert.

Die Jugendlichen nutzen ihren mobilen Jugendtreff inzwischen regelmäßig an den Wochen- enden im Park. Jedoch ließen sich nicht alle 50 Jugendlichen zu einer aktiven Teilnahme an dem Projekt bewegen. Manchen von ihnen war die Aufmerksamkeit, die sie bei Stadt und Bund erreicht hatten zu viel. Dem Kern der Projektteilnehmer von ca. 25 Jugendlichen war es aber gelungen, das Projekt erfolgreich durchzuführen und für die Gruppe einen außerge- wöhnlichen Platz zu schaffen.

GESTALTERISCHE ERGÄNZUNG DER PRO- FSSIONELLEN PARKPLANUNG

Wir hielten uns an die Vorgabe der Stadtver- waltung, wonach der gesamte Unterstand mobil bleiben musste. Da wir aber auf Probleme bei der Gestaltung eines mobilen Bodens stießen, versuchten wir die Verwal- tung der Stadt zu einer Änderung der Pläne für den Park zu überzeugen. Idee war, eine Standfläche für das Zelt zu realisieren, die auch ohne dieses als Terrasse und Jugend- treffpunkt dienen kann. Die Idee entwi-



Foto: SuedWestLabor.de Jan Kryszons Todde Kemmerich



Foto: SuedWestLabor.de Jan Kryszons Todde Kemmerich

ckelten wir mit den Jugendlichen und ließen einen Entwurf zeichnen, der dann der Stadtverwaltung und den Landschaftsplanern vorgelegt wurde. Das Interesse an einer Umsetzung ist groß, was uns sehr freut, da dies einen echten und nachhaltigen Eingriff in die Stadtplanung durch Jugendliche bedeutet. Innerhalb der Projektlaufzeit war dies aus finanziellen und verwaltungstechnischen Gründen noch nicht zu realisieren. Aufgrund der schlechten Haushaltslage der Stadt Bergheim steht inzwischen die gesamte Parkumgestaltung in Frage.

AUSBLICK: SELBSTVERWALTUNG UND NUTZUNG ÜBEN

Ein weiteres Ziel, das noch nicht vollständig erreicht ist, ist die autonome Handhabung und Verwaltung des Unterstands durch die Jugendlichen. Da das umgestaltete Zelt erst kurz vor der Eröffnung fertig gestellt werden konnte, blieb uns wenig Zeit innerhalb der Projektlaufzeit die Handhabung in der Praxis zu begleiten. Daher haben wir ein weiteres Projekt im Rahmen von ExWoSt beantragt, in dem die gemeinsame Nutzung des Zeltes von verschiedenen Gruppen in Bergheim und der Aufbau einer durch die Jugendlichen selbst organisierten Verwaltungsstruktur im Vordergrund steht. Durch mehrere kleine Kulturveranstaltungen in verschiedenen Stadtteilen soll das Interesse der Anwohnerinnen und Anwohner an vier verschiedenen Standorten in Bergheim geschaffen werden.



Aufgrund zu erwartender Kürzungen im Freizeitbereich, erscheint es uns ratsam, die Eigeninitiative der Bewohnerinnen und Bewohner zu stärken.

Das SuedWestLabor wird neben dem Projekt »Fliegender Bau« in den kommenden Jahren voraussichtlich noch drei weitere Projekte im Programmgebiet »Soziale Stadt Bergheim Süd-West« durchführen. In deren Verlauf soll sich ein festes Team von Jugendlichen entwickeln, das aktiv an der Stadtgestaltung teilnimmt und die Bedürfnisse der Jugend öffentlich vertritt. So kann mit Hilfe der mobilen Jugendarbeit, der bestehenden Einrichtungen der Stadt und Ehrenamtlichen ein Teil des Defizits im Bereich Freizeit- und Lebensraum-Gestaltung ausgeglichen werden.

Aus den Erfahrungen der »Sozialen Stadt« und auch im ExWoSt-Forschungsfeld »Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere« des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wird deutlich, dass eine nachhaltige Entwicklung der Eigeninitiative von Bürgerinnen und Bürgern förderungswürdig ist, da der Kostenaufwand in einem guten Verhältnis zum sozialen Nutzen steht.

Kinder- und Jugendförderplan 2010 bis 2014 der Landeshauptstadt Düsseldorf

Von Sandra Binner

Der Rat der Stadt Düsseldorf hat im Februar 2010 den neuen Kinder- und Jugendförderplan beschlossen. Entsprechend der Ratsperiode gilt er bis einschließlich 2014. Seit des Inkrafttretens des Kinder- und Jugendfördergesetzes des Landes NRW im Jahr 2005 ist dies nun der zweite Förderplan für die Stadt Düsseldorf.

PLANUNGSPROZESS

Der Kinder- und Jugendförderplan 2010–2014 wurde als umfangreicher, über ein Jahr dauernder kommunikativer Prozess gestaltet. Die Grundlagentexte zu den einzelnen Kapiteln umfassen sowohl die Darstellung der bestehenden Angebote und deren Bewertung als auch eine Weiterentwicklung des Angebotsspektrums durch die Erarbeitung neuer Maßnahmen. Sie wurden von Fachkräfteteams entwickelt, die sich aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der freien Träger und des Jugendamtes zusammensetzten. Dabei wurden auch alle Ämter der Stadtverwaltung einbezogen, die von den Inhalten des Förderplanes tangiert werden. Schnittstellen zu anderen Planungen, zum Beispiel zur Integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung, wurden im Team der Jugendhilfeplanerinnen und -planer kommuniziert.

VERÄNDERUNGEN GEGENÜBER DEM ERSTEN PLAN

Der erste Düsseldorfer Kinder- und Jugendförderplan 2005–2009 sollte, entsprechend der Empfehlungen der Landschaftsverbände, einen besonderen Schwerpunkt auf Inhalte und Maßnahmen legen, die in den §§ 10 bis 14 KJFöG behandelt werden. Während die Themenfelder des § 10 KJFöG sowie die Handlungsfelder »Jugendverbandsarbeit« und »Offene Kinder- und Jugendarbeit« im ersten Plan sehr breiten Raum einnahmen, konnten die Felder »Jugendsozialarbeit« und »Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz« nicht entsprechend ihrer Relevanz bearbeitet werden. Das Jugendamt Düsseldorf entschied deshalb, in der neuen Förderperiode jeweils eine eigene Teilplanung zu den beiden genannten Bereichen aufzulegen und somit genügend Raum für eine inhaltliche Strategieentwicklung bereitzustellen. Beide Teilpläne gehören unter das Dach des Kinder- und Jugendförderplanes 2010–2014 – dies betrifft vor allem auch die fiskalischen Auswirkungen und die Gültigkeit – auch wenn der Teilplan »Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz« (siehe auch Jugendhilfe-Report 03.09) bereits im März 2009 vom örtlichen Jugendhilfeausschuss verabschiedet worden ist. Der Teilplan »Jugendsozialarbeit« wird 2010 folgen.

DER NEUE PLAN

Der zweite Kinder- und Jugendförderplan fokussiert sich nun also bewusst auf die §§ 10 bis 12 des KJFöG. Darüber hinaus wurden vier Schwerpunkte ausgewählt, die die Kinder- und Jugendförderung in Düsseldorf bis 2014 in besonderer Weise prägen werden: Bildung, Partizipation, Qualität und Gesundheit.



*Sandra BINNER
Jugendhilfeplanerin im
Jugendamt der Landes-
hauptstadt Düsseldorf
Tel 0211 89 98895
sandra.binner@duesseldorf.
de*



Bildung

Das Ziel der Etablierung einer Bildungslandschaft Düsseldorf wird in der Integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung thematisiert. Eine kommunale Bildungsplanung wird Schritt für Schritt für jeden Stadtbezirk erarbeitet. Aktuell ist der Schwerpunkt Bildung aber unbedingt auch in der Kinder- und Jugendarbeit aufzugreifen. Außerschulische Bildungsarbeit gilt es zu profilieren und als eigenständigen Baustein für ein ganzheitliches Bildungsverständnis zu etablieren. Ihre Nahtstelle zur schulischen Bildung und eine enge Kooperation sind essentielle Themen des Kinder- und Jugendförderplanes.

Partizipation

Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist ein wichtiges Querschnittsthema in der Kinder- und Jugendarbeit. Dies sollte im gesamten Planungsprozess des neuen Förderplanes stärker berücksichtigt werden als beim ersten Förderplan. So wurden neben der etablierten Form der Beteiligung von Fachkräften, Kinder und Jugendliche als direkt betroffene in den Blick genommen. Auch der Düsseldorfer Jugendrat konnte in der Erarbeitungsphase intensiv einbezogen werden. Er veranstaltete eigenständige Workshops zu den Themen Bildung, Kultur, Freizeit und Sport und brachte wichtige Maßnahmen ein. Modellhaft wurde in einem der zehn Düsseldorfer Stadtbezirke auch eine Jugendbefragung (Jugendliche im Alter von 12 bis 18 Jahren) durchgeführt. Diese lieferte wichtige Hinweise zu Aspekten der Jugendförderung (z. B. im kulturellen Bereich oder zur Gewaltprävention). Solche Befragungen sind künftig für alle Düsseldorfer Stadtbezirke geplant.

Gesundheit

Entsprechend der thematischen Schwerpunktsetzung des 13. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung (2009) wird dem Thema Gesundheit nicht nur im Teilplan »Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz«, sondern auch in diesem übergeordneten Förderplan eine besondere Stellung eingeräumt. Vor allem der Aufbau eines vernetzten Gesamtsystems zur Gesundheitsförderung ist hier als erstrebenswertes Ziel benannt. Regelmäßige Grundlagenschulungen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen und der ehrenamtlichen Kräfte sind erklärtes Ziel, denn Gesundheit ist vor allem eine Frage der Haltung.

Qualität

Durch den zweiten Kinder- und Jugendförderplan wird ein neues Qualitätssicherungssystem für alle Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen eingerichtet. Alle 71 öffentlich geförderten Düsseldorfer Freizeiteinrichtungen in städtischer und in freier Trägerschaft erfüllen nun Standardbereiche (siehe Übersicht), die mit verbindlichen Mindestanforderungen hinterlegt sind. Entsprechend des Mottos »Weniger ist mehr« sollen sich Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen auf Themen konzentrieren, die sie entsprechend hinterlegter Kriterien umsetzen können. Aus neun möglichen Schwerpunkten können daher bis zu drei ausgewählt werden (siehe Übersicht). Anstatt eines breiten Themenansatzes wird so zunehmend auf eine Professionalisierung der Angebote gesetzt, die die Attraktivität der Einrichtungen erhöhen sollen.

Durch intensive Konzeptentwicklung in den Freizeiteinrichtungen werden die ausgewählten Schwerpunkte gesichert und die hohe Qualität der Kinder- und Jugendarbeit auch nach außen sichtbar dargestellt.



Abgerundet wird dieses neue System durch den Einstieg in ein pauschalisiertes Förderungssystem, das den genannten Grundlagen Rechnung trägt.

Außer den beschriebenen inhaltlichen Veränderungen wurde auch der bezirkliche Teil der Planung ausgeweitet. Für alle zehn Düsseldorfer Stadtbezirke wurden Informationen zur demografischen, sozialen und baulichen Situation aufbereitet. Darüber hinaus konnten besondere Arbeitsansätze sowie alle öffentlich geförderten, jugendrelevanten Institutionen dargestellt werden. Der sozialräumliche Blick rückt im Vergleich zum ersten Förderplan dadurch stärker in den Mittelpunkt.

STANDARDS

-  **1) Offene Kinder- und Jugendarbeit**
-  **2) Geschlechtsspezifische Arbeit**
-  **3) Kinder- und Jugenderholung**
-  **4) Veranstaltungen**
-  **5) Aufsuchende Jugendarbeit (dort, wo zusätzliche Stellen dafür in Jugendfreizeiteinrichtungen angesiedelt sind)**
-  **6) Kooperation von Jugendhilfe und Schule**

SCHWERPUNKTE

-  **Medien**
-  **Sport-Spiel-Bewegung-Abenteuer**
-  **Kinder- und Jugendkultur / kulturelle Bildung**
-  **Interkulturelle Arbeit / Integration**
-  **Partizipation / politische und soziale Bildung**
-  **Gesundheit / Ernährung**
-  **Arbeitsweltbezogene Hilfen**
-  **Familienbezogene Angebote / Elternarbeit**
-  **Ökologische Bildung**

Standards und Schwerpunkte der Düsseldorfer Freizeiteinrichtungen

Zusätzlich zum Kinder- und Jugendförderplan werden zwei Anlagebände veröffentlicht. Anlageband 1 stellt alle Profile der 71 Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen sowie zentrale Sonderprojekte inklusive ihrer Schwerpunktsetzungen und Kooperationsstrukturen im Sozialraum dar. Anlageband 2 gibt einen Überblick über die Landschaft der Jugendverbände Düsseldorfs.

FAZIT

Die Kinder- und Jugendarbeit unterliegt großen Veränderungstendenzen. Der Düsseldorfer Planungsprozess schafft in dieser Situation eine Verbindung zwischen einer mittel- bis langfristig ausgelegten, strukturellen Gesamtsteuerung des Feldes der Kinder- und Jugendarbeit einerseits, nimmt andererseits aber auch die einzelnen Einrichtungen und ihre Ausrichtungen in den Blick. »Profilschärfung« gilt in Düsseldorf als die richtige Herangehensweise, um die Offene Kinder- und Jugendarbeit zu stärken und ihre wichtigen Leistungen zum Wohle der Mädchen und Jungen darzustellen. Dies bedeutet, neue Ideen aber auch kritische Hinweise zuzulassen. Ebenso stellen sich die Jugendverbände aktuellen Herausforderungen.

Ein Download des Kinder- und Jugendförderplanes 2010–2014 sowie seiner Anlagebände ist auf der Homepage der Stadt Düsseldorf möglich: www.duesseldorf.de.

Mann – Zukunft – Beruf.

Ein Kunstprojekt der AWO-Schulsozialarbeit Düsseldorf

Von Anne Karategin

Die Kartause-Hain-Schule ist eine Gemeinschaftshauptschule im Norden von Düsseldorf. Im Herbst 2009 haben die Jungen des Kunstkurses der 10. Klassen an dem Projekt »Mann-Beruf-Zukunft« teilgenommen. Benachteiligte Schüler, die noch zusätzliche Unterstützung im Übergang Schule/Beruf benötigten, wurden motiviert, an dem Projekt mitzuarbeiten. Möglich wurde die Umsetzung des Vorhabens durch Fördergelder des Landes.

In drei theoretischen Themenblöcken erarbeitete die Gruppe die Begriffe »Mann-Beruf-Zukunft« und deren Bedeutung. Bereits zu Beginn wurde – als Kunstobjekt – von jedem Teilnehmer eine lebensgroße Figur geplant.

In den ersten Projektblöcken entwickelte der Berufseinstiegsbegleiter der Arbeiterwohlfahrt Düsseldorf, Anestis Tsentemeidis mit den Jungen eine Vorstellung von »Zukunft-Beruf«. Gerade auf die berufliche Zukunft des Einzelnen blickend, kamen hier viele Fragen und Bedürfnisse der Jugendlichen zum Vorschein. Thematisiert und skizziert wurden persönliche Ziele, Berufsvorstellungen und -pläne, anstehende Ausbildungen und die damit verbundenen Schwierigkeiten und Ängste.

Daran schloss sich der Projektblock zum Thema »Zukunft-Mann« an, der von Benedikt Hoga, Mitarbeiter der aufsuchenden Jugendarbeit der Stadt Düsseldorf, begleitet wurde. Hierin ging es darum, den Jungen zu ermöglichen, sich mit ihrem eigenen Männerbild auseinanderzusetzen. Thematisiert wurden vor allem die persönliche Lebens- und Familienplanung, Lebensträume und Ziele.



Anne KARATEGIN
Schulsozialarbeiterin
AWO Projekt Schulsozial-
arbeit / Berufsbildungs-
zentrum Düsseldorf
Tel 0211 60025511
anne.karategin@awo-
duesseldorf.de

In den folgenden Wochen arbeiteten die Jungen praktisch an ihren Figuren. Dabei wurden sie von dem Düsseldorfer Künstler-Duo MaJo-Brothers, Marc und Johannes Hennig unterstützt, die mit den Jungen die Figuren entwickelten und erarbeiteten. Jeder Schüler sägte sein lebensgroßes Abbild aus einer Holzplatte und montierte die fertige Figur so, dass jeweils ein großes dreidimensionales Objekt entstand.

Jede Figur wurde individuell von den Jungen gestaltet. So entstanden sechs Männerfiguren, die viel über die Träume und Ziele der Jugendlichen zum Ausdruck bringen. An den Objekten ist gut erkennbar, welche Aspekte bei den Jugendlichen aktuell im Vordergrund stehen. Einigen Schülern waren Bereiche aus ihrem Privatleben wichtig wie der geliebte Heimat-Fußball-Verein oder das betriebene Hobby. Andere, gerade auch diejenigen Schüler, die sich schon intensiv mit dem Berufsleben auseinandergesetzt hatten, stellten eher diesen Aspekt in den Vordergrund ihrer künstlerischen Arbeit. Die Auseinandersetzung mit den Projekthaltungen hat die Jungen bereichert. Das wurde in den Kunstobjekten und bei der Arbeit mit den Jugendlichen in den darauffolgenden Wochen sichtbar.



Im Februar 2010 eröffneten die Schüler die Ausstellung ihrer Figuren das erste Mal in der Kartause-Hain-Schule. Diese Veranstaltung hat die Gruppe selbst geplant und umgesetzt. Die Verantwortung hierfür und das Interesse, das den Jungen bei der Ausstellung entgegengebracht wurde, war ein weiterer wichtiger Bestandteil der Arbeit. Ein Teilnehmer sagte in der Eröffnungsrede: »Bei uns allen stehen in der nächsten Zeit große Veränderungen an. Das Projekt und der Umgang mit Kunst hat uns sehr geholfen, uns damit auseinanderzusetzen und zuversichtlich zu sein.«

Es folgen weitere Ausstellungen und Präsentationen im Raum Düsseldorf.

Neue Studie zu Wirkfaktoren Individualpädagogischer Maßnahmen

Von Willy Klawe

Unter dem Titel »Verläufe und Wirkfaktoren Individualpädagogischer Maßnahmen. Ergebnisse einer explorativ-rekonstruktiven Studie« ist eine neue empirische Studie erschienen.

ANLASS UND ZIELE DER STUDIE

Die Studie wurde vom Institut des Rauhen Hauses für Soziale Praxis (isp) im Auftrag der Bundesarbeitsgemeinschaft Individualpädagogik e.V. (AIM) durchgeführt und im Dezember 2009 abgeschlossen. Sie hatte zum Ziel

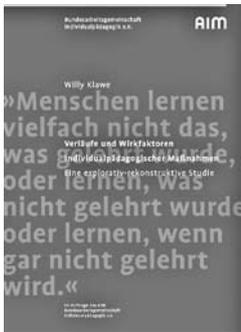
- die pädagogischen Prozesse in Individualpädagogischen Maßnahmen im Einzelnen zu identifizieren und zu rekonstruieren,
- die Bedingungen und Faktoren gelungener Praxis zu benennen und
- von den Beteiligten positiv und hilfreich erlebte Situationen herauszuarbeiten.

Anlass für die Studie war auch die Feststellung, dass sich in den großen Studien zur Jugendhilfe der letzten Jahre (JULE, JES, EVAS)¹ keine Aussagen zu Individualpädagogischen Maßnahmen finden. Lediglich kleinere Fallstudien untersuchen Einzelaspekte dieser Hilfeform und liefern erste Hinweise auf wichtige, als hilfreich erlebte Prozessvariablen und pädagogische Interventionen.

Bereits 2007 hatten beide Kooperationspartner eine quantitative Studie über »Jugendliche in Individualpädagogischen Maßnahmen«² vorgelegt. Hier wurden erste Hinweise auf bedeutende Prozessvariablen zur Beziehung zwischen Betreuenden und Jugendlichen³, zur Bedeutung von Partizipation und Koproduktion sowie zur Kooperation aller Beteiligten, insbesondere



Willy KLAWE
Institut des Rauhen Hauses
für Soziale Praxis
Tel 040 655912-91
klawe.isp@rauhenhaus.de
www.soziale-praxis.de



AIM Bundesarbeitsgemeinschaft Individualpädagogik e.V.

Geschäftsstelle

Aachener Str. 1158a

50858 Köln

Tel 02234 2008845

info@aim-ev.de

www.aim-ev.de

mit der Herkunftsfamilie, gegeben. Diese waren jedoch wegen des quantitativ angelegten Untersuchungsdesigns nicht geeignet, Näheres über die in diesen Maßnahmen stattfindenden Prozesse und die Wirkfaktoren dieses Segments der erzieherischen Hilfen auszusagen.

Die jetzt vorliegende qualitative Studie dagegen rekonstruiert die Betreuungsverläufe aus der Sicht der relevanten Beteiligten (Jugendliche, Betreuende, Eltern und Jugendamt), bezieht diese systematisch aufeinander (Triangulation) und erstellt daraus Fallmonographien.

Im Zentrum stehen daher die als »Dichte Beschreibungen« dokumentierten, aus problemzentriert-narrativen Interviews rekonstruierten Prozessverläufe der untersuchten Maßnahmen. Sie gewähren einen eindrucksvollen und anschaulichen Einblick in die spezifischen Verläufe jeder einzelnen Betreuung und charakterisieren so die besonderen Rahmenbedingungen dieses Betreuungssettings und seiner Ressourcen. Fallübergreifend lassen sich daraus für diese Hilfeform generalisierbare Schlussfolgerungen ziehen.

INHALT UND ERGEBNISSE

Die rekonstruierten Prozessverläufe zeigen, dass sich die pädagogischen Prozesse in Individualpädagogischen Maßnahmen häufig nicht gradlinig entwickeln und nicht in allen Aspekten plan- und vorhersehbar sind. Persönlichkeitsveränderungen und das Lernen in Individualpädagogischen Maßnahmen sind nicht umfassend didaktisierbar und methodisch durchzuplanen. Stattdessen besteht die pädagogische Stärke dieses pädagogischen Settings gerade in seiner Flexibilität im Hinblick auf den Entwicklungsschritt, der für den jeweiligen betreuten Jugendlichen gerade ansteht.

Ein individualpädagogisches Setting bietet die Möglichkeit, weitgehend unabhängig von institutionellen Regeln und Zwängen spontan auf Situationen zu reagieren und situative Elemente produktiv für die Gestaltung von Lern- und Erfahrungssituationen zu nutzen. Trotz aller individuellen Ausrichtung lassen sich in den rekonstruierten Prozessverläufen Gemeinsamkeiten und Schlüsselsituationen identifizieren, die auf deren Verlauf einen bedeutenden Einfluss haben und aus diesem Grunde sensibel wahrgenommen und bewusst gestaltet werden müssen.

Ausführlich analysiert die Studie die Wirkfaktoren Individualpädagogischer Maßnahmen. Wirkfaktoren beschreiben das empirisch nachweisbare Potenzial einer Hilfeform. Ob und in welchem Umfang dieses Potenzial für Lernprozesse von den Adressatinnen und Adressaten genutzt wird, hängt nicht allein von der professionellen Gestaltung der jeweiligen Maßnahme und der Eröffnung von Möglichkeitsräumen für Erfahrungen und Lernen ab, sondern in besonderem Maße auch von der Koproduktion der betreuten Jugendlichen. Als zentrale Wirkfaktoren können identifiziert werden:

- die individuelle Ausrichtung und Flexibilität der Maßnahme
- ein verlässliches, akzeptierendes Beziehungsangebot
- eine belastbare, authentische Betreuerpersönlichkeit und die Einbindung in familienähnliche Strukturen
- Alltagsorientierung und Selbstwirksamkeit
- Beschulung, Lernen und Qualifizierung
- Partizipation, Koproduktion und Freiwilligkeit
- Anschlussmaßnahmen und Nachbetreuung beim Transfer in den Alltag
- Steuerung durch das Jugendamt.

In den untersuchten Maßnahmen werden die spezifischen Erfahrungsoptionen im Ausland nicht sonderlich herausgestellt. Dennoch zeigen sich in den Prozessrekonstruktionen gute Gründe für eine Durchführung der jeweiligen Maßnahme im Ausland. Die zentralen Aspekte dabei sind der innere Abstand von der bisherigen Lebenssituation, die räumliche Distanz zum Herkunftsmilieu und/oder Clique und Szene sowie die Zivilisationsferne.

Die Studie, die das spezifische Profil dieses wichtigen Segments der erzieherischen Hilfen verdeutlicht, ist in gedruckter Form oder als Download zu beziehen über die AIM Bundesarbeitsgemeinschaft Individualpädagogik e.V.

- ¹ BMFSFJ (1998): *Leistungen und Grenzen der Heimerziehung. Ergebnisse einer Evaluationsstudie stationärer und teilstationärer Erziehungshilfen*, Berlin, Köln, Stuttgart. Schmidt, M. u. a. (2002): *Effekte erzieherischer Hilfen und ihre Hintergründe*, Stuttgart (Jugendhilfe-Effekte-Studie). Macsenaere, M./Knab, E. (2004): *EVAS – Eine Einführung*, Freiburg.
- ² Klawe, W. (2007): *Jugendliche in Individualpädagogischen Maßnahmen (AIM-Studie)*, Köln, Hamburg.
- ³ Klawe, W. (2008): *Individualpädagogische Maßnahmen als tragfähiges Beziehungsangebot*, in: *Unsere Jugend* 60. Jg. Heft 5.

Jugendhilfe aktuell 1/2010

Mit der Ausgabe 1/2010 der Fachzeitschrift »Jugendhilfe aktuell« bietet das LWL-Landesjugendamt Westfalen grundlegende Informationen und Materialien zum Schwerpunktthema Jugendhilfeausschuss an. Daneben werden die verschiedenen Arbeitsfelder des LWL-Landesjugendamtes kurz skizziert und aktuelle Informationen aus dem Landesjugendamt Westfalen sowie zu verschiedenen Themenbereichen der Kinder- und Jugendhilfe geboten.



Vergleichsring Kinderschutz

Für die Weiterentwicklung der Qualität im Kinderschutz bietet das ISA gemeinsam mit weiteren Partnern die Teilnahme an einem Vergleichsring zum Thema Kinderschutz an. Dieser Vergleichsring orientiert sich an dem Modell der moderierten Peer-Evaluation bzw. an den Jugendhilfe-Vergleichsrings (vgl.

KGSt; IKO-Netz). Die Jugendämter erhalten mit dem Vergleichsring die Möglichkeit, ihre Aktivitäten im Bereich des Kinderschutzes und der Frühen Hilfen zu analysieren und diese – unter Moderation und fachlicher Anleitung – weiterzuentwickeln. Dabei werden insbesondere die fachlichen Anregungen und das »Feedback« der teilnehmenden Jugendämter in den Entwicklungsprozess mit eingebunden. Der Vergleichsring Kinderschutz ermöglicht somit drei Entwicklungsdimensionen für die Jugendämter: Entwicklung durch strukturierte Selbstanalyse, Entwicklung durch fachlichen Input und Beratung sowie Entwicklung in der Auseinandersetzung mit den Konzepten und Entwicklungsschritten der anderen teilnehmenden Jugendämter. Mittlerweile hat eine Reihe von Jugendämtern die Teilnahme am Vergleichsring Kinderschutz zugesagt. Anmeldungen sind noch bis Ende Juni 2010 möglich.



• Weitere Informationen unter
 • www.isa-muenster.de oder
 • direkt im ISA (Ansprechpartner Herr Eberitzsch) unter
 • Tel 0251 925-360.

Publikationen & Rezensionen

Inobhutnahme konkret
Pädagogische Aspekte der
Arbeit in der Inobhutnahme
und im Kinder- und
Jugendnotdienst
Praxis und Forschung,
Band 30

Erschienen bei
IGfH (Eigenverlag)
 Frankfurt/Main 2009
 250 Seiten
 ISBN 978-3-925146-70-1
 19,90 Euro

Inobhutnahme konkret

G. Lewis, R. Riehm, A. Neumann-Witt, L. Bohnstengel, S. Köstler, G. Hensen (Hrsg.)

Die Veröffentlichung des Arbeitskreises Inobhutnahme der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) nimmt pädagogische Aspekte und Alltagsfragen der Arbeit in Einrichtungen, die in Obhut nehmen, in den Blick. Neben einführenden Artikeln zu rechtlichen Rahmenbedingungen und Organisationsformen der Leistungen nach § 42 SGB VIII werden unter anderem die Themen »Trauma und Krise«, »Elternarbeit«, »Kriseneinrichtungen für Mädchen und Jungen« und »Migration und Inobhutnahme« im Sammelband behandelt. Zu Wort kommen Fachleute der Praxis und der Wissenschaft ebenso wie öffentliche und freie Träger. Fallbeispiele aus der Praxis der Inobhutnahme ergänzen die Fachbeiträge.

Zudem werden die Ergebnisse einer repräsentativen Studie, basierend auf einer schriftlichen Befragung von mehr als 200 Notaufnahmehilfen für Kinder und Jugendliche dargestellt, die insbesondere Rahmenbedingungen der Inobhutnahme/vorläufigen Heimunterbringung sowie Fragen der Kooperation in den Fokus nimmt.

Das Leben ist kein Ponyhof: Die unbekannte Welt der Abiturienten **Lara Fritzsche**

Rezension von Sandra Rostock, LVR-Landesjugendamt Rheinland

Was wird eigentlich heute von Jugendlichen verlangt? Sind sie wirklich so unpolitisch? Und welche Bedeutung haben Medien und Internet für die jungen Menschen?

Die Autorin Lara Fritzsche – Jahrgang 1984 –, die als freie Journalistin unter anderem für DIE ZEIT und die Neue Zürcher Zeitung schreibt, spürt diesen und anderen Fragen nach. Dazu begleitete sie einen Kölner Abiturjahrgang über den Zeitraum eines Jahres bei der Abi-Prüfung, bei Parties, bei der Abschlussfahrt, beim Start in Studium und Ausbildung und beim ersten Wiedersehen zu Weihnachten. Die Autorin beschreibt im Reportage-Stil wie die Protagonisten Tim, Alexa, Dani, Sophia, Michael, Rike, Jan und deren Freundinnen und Freunde mit dem Abiturdruk umgehen, wie Freundschaften gelebt werden, welche Bedeutung Liebe, Sex und Alkohol für die jungen Menschen haben, wie sie zur Politik stehen und welchen Stellenwert die Neuen Medien einnehmen. Jedes der 19 Kapitel betrachtet – über den Lauf des Jahres – einen bestimmten Themenbereich.

»Das Leben ist kein Ponyhof«, so drücken die Jugendlichen selber ihre Einstellung zum Leben aus. Frei von Illusionen ist es nicht leicht, aber so schlimm dann auch nicht. Sehr anschaulich wird deutlich wie leistungsorientiert die Abiturientinnen und Abiturienten sind und welchem Druck sie sich ausgesetzt sehen. Die Möglichkeiten sind vielfältig wie nie, die Ansprüche an sich und das Leben sind hoch: alles wird optimal vorbereitet, nichts dem Zufall überlassen. Scheitern ist nicht zulässig, denn nur der Beste gewinnt.



Wie stark diese Haltung und der damit verbundene Anspruch die Abiturientinnen und Abiturienten in allen Lebensbereichen prägen, wird sehr eindrucksvoll beschrieben. Dabei geht es nicht nur darum, gute Noten im Abi zu schaffen, um die optimalen Voraussetzungen für den Start ins Studium und Berufsleben zu haben. Laufend sind die jungen Frauen und Männer in der Situation, sich zu präsentieren und bewerten zu lassen als sei das Leben ein permanentes Casting: beim Vorstellungsgespräch, bei der Suche nach einem WG-Zimmer, aber auch abends im Club, wenn es darum geht einen Partner für die Nacht zu finden. Die Körper werden in Form gebracht und in sozialen Netzwerken wird ein möglichst interessantes Bild der eigenen Person gestaltet. Und so werden die Abiturienten zu Marketing-Strategen in eigener Sache.

Sehr eindrucksvoll werden die Bedeutung und der Umgang mit Medien deutlich: Das Internet ist der »natürliche Lebensraum« der Jugendlichen. Während per Chat eine Matheaufgabe bearbeitet und per SMS die laufende Fernseh-Show kommentiert wird, werden parallel die Kontakte auf studiVZ und Facebook gepflegt. Wer online nicht dabei ist, läuft Gefahr bald keine Freunde mehr zu haben. Zur Ablenkung dienen Partyabende mit viel Alkohol. Und letztlich träumen doch alle von der großen Liebe und dem (perfekten) Partner für's Leben, mit dem sich eine Familie gründen lässt.

Lara Fritzsche belässt es aber nicht bei einer Beschreibung der Abiturclique. Die jungen Frauen und Männer kommen auch selbst zu Wort und geben durch ihre Analysen und Begründungen nachvollziehbare Einblicke in ihre Lebens- und Gefühlswelt. So beschreiben sie, warum sie genervt sind vom Vorwurf unpolitisch zu sein oder warum ihre toleranten Eltern ihnen die Provokation und Abgrenzung so schwer machen. Ergänzend liefert die Autorin zu den verschiedenen Themenbereichen wissenschaftliche Erkenntnisse und statistische Daten.

Lara Fritzsche porträtiert unterhaltsam und authentisch eine Abitur-Generation von der viel erwartet wird, die hohe Ambitionen und trotzdem Spaß hat. Das Buch ist spannend zu lesen und vor allem für Leserinnen und Leser erkenntnisreich, deren Jugendzeit von anderen Ansprüchen, Voraussetzungen und Idealen geprägt war. Einerseits erinnert vieles an die eigene Jugend, gleichzeitig werden aber die ganz eigenen Probleme deutlich, mit denen sich Jugendliche und junge Erwachsene heute auseinandersetzen. So trägt das Buch dazu bei, junge Menschen mit ihren Verhaltensweisen und Einstellungen besser zu verstehen und ist empfehlenswert für alle, die sich für Jugendliche und deren Lebenswelten interessieren.



Erschienen bei
Kiepenheuer & Witsch
Köln 2009
215 Seiten
ISBN 978-3-462-04128-6
17,95 Euro

Jugendhilfe und Schule – Analysen und Konzepte für die kommunale Kooperation Ulrich Deinet und Maria Icking (Hrsg.)

Rezension von Alexander Mavroudis, LVR-Landesjugendamt Rheinland

Die Kooperation von »Jugendhilfe und Schule« beschäftigt seit vielen Jahren. Vielerorts sind, oftmals getragen vom persönlichen Engagement einzelner Fach- und Lehrkräfte, gute kooperative Angebote und Strukturen gewachsen. Durch den Ausbau von Ganztagschulen hat zudem insbesondere in Nordrhein-Westfalen die Entwicklung kooperativer Praxis einen enormen Schub bekommen – ist es doch das Ziel, gelingende Bildungsprozesse durch die Kooperation von Trägern und Einrichtungen der verschiedenen Professionen und die Verzahnung unterschiedlicher Bildungsangebote zu erreichen.



Erschienen im
Verlag Barbara Budrich
2. durchgesehene Auflage
Opladen, Farmington Hills
2010
262 Seiten
ISBN 978-3-86649-317-9
24,90 EUR

Die vorliegende Veröffentlichung geht von daher »mit der Zeit«. Die versammelten Fachbeiträge von Ulrich Deinert, Maria Icking sowie weiteren Fachautoren greifen grundlegende wie auch aktuelle Fragestellungen und Forschungsergebnisse rund um die Kooperation von Jugendhilfe und Schule auf: Sie reflektieren die notwendige Öffnung der Schule hin zu »informellen und nicht-formellen Bildungsbereichen«, die »Kooperation von Jugendhilfe und Schule im Spannungsfeld unterschiedlicher Anforderungen« und die Möglichkeiten der »Sozialraumorientierung als Brücke zwischen Jugendhilfe und Schule«.

Mit Beiträgen zur Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule »im Rahmen von Betreuungs- und Ganztagsangeboten« sowie von »Ganztagsschulen« wird Bezug genommen auf aktuelle Entwicklungen in der Schullandschaft, damit einhergehende Risiken – aber auch Visionen mit Blick auf Möglichkeiten der »Politischen Bildung in der Ganztagschule«.

Das breite Feld der sozialen Arbeit an Schulen wird in Beiträgen zur »Schulsozialarbeit«, zur »Elternarbeit« und zur »Schulstationsarbeit zwischen schulischer Vorder- und Hinterbühne« behandelt. Einen weiteren Schwerpunkt bildet das Thema »Berufsorientierung und Übergang in den Beruf« mit Beiträgen zur »Kooperation von Schule und Unternehmen/Wirtschaft«, zum »Girls' Day« und zum »Kooperationsmanagement von Netzwerken im Übergang Schule – Beruf«.

Last but not least wird die Ebene der kommunalen Strukturen und Planungskonzepte zum Thema gemacht mit Beiträgen zur »Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule in der Praxis in NRW«, zur »Kommunalen Bildungsberichterstattung als Basis der Planung kommunaler Bildungsräume« und zu »Zukunftsschulen im Wohnquartier«.

Die gesammelten Beiträge sind gleichermaßen spannende wie notwendige Lektüre für alle Akteure aus Jugendhilfe und Schule, die mit der Planung und Gestaltung von kooperativer Praxis beschäftigt sind: sei es als Lehr- oder Fachkraft in Schulen und Einrichtungen, sei es als koordinierende und/oder leitende Fachkraft bei Trägern und Ämtern sowie im Bereich Schule, sei es als Kommunalpolitikerin oder Kommunalpolitiker.

Die Entwicklung kooperativer Praxis setzt lernende Akteure und lernende Organisationen voraus. Die vorliegende Veröffentlichung bietet hierfür wertvolle Impulse – ich wünsche ihr deshalb eine breite, interessierte Leserschaft.

Aufsichtspflicht, Haftung, Versicherung für Jugendgruppenleiter Günter Mayer

Rezension von Magdalene Dubiel, LVR-Landesjugendamt Rheinland

In der 4., aktualisierten Auflage ist der Ratgeber »Aufsichtspflicht, Haftung, Versicherung für Jugendgruppenleiter« des Autors Günter Mayer erschienen. Er richtet sich an Jugendorganisationen, Jugendgruppenleiter, Jugendpfleger, Vereinsvorstände und Vereinsmitarbeiter. Insbesondere Organisationen, die nicht auf juristisches Fachwissen einzelner Mitarbeiter zurückgreifen können und bislang kein Nachschlagewerk für die brisanten Themengebiete der Aufsichtspflicht, Haftung und Versicherung besitzen, sollten den Praxisratgeber nutzen.

Die Schnellübersicht zeigt acht verschiedene Rahmenthemen auf. Darin vermittelt der vielseitige Autor neben einer allgemeinen Einführung zum Ehrenamt alle wesentlichen rechtlichen Grundlagen über die Rechte und Pflichten im pädagogischen Gruppenalltag. Nach einem Definitionskatalog über die Stichworte Betreuer, Betreute und Risiko geht es um Schuld und Schaden bei unterschiedlichsten Aktivitäten von Kinderspielen, über Grill- und Lagerfeuer, Freibad bis hin zu Mannschaftssport und Übernachtungen. Der Autor benennt mögliche Haftungsgefahren und weist auf entsprechendes Verhalten oder den passenden Versicherungsschutz hin. Er bietet Hilfen zum Vereinsrecht und für die Vertragsgestaltung. Auch die strafrechtliche Relevanz sexualisierter Kontakte zwischen Gruppenleitung und zu Betreuenden zeigt er in einem eigenen Abschnitt auf.

Besonders praktisch sind die beispielhaften Checklisten für Radtouren, das Baden, den Einsatz von Feuerwerk, zur Elterninformation oder auch bezüglich Haft- und Unfallversicherung.

Im umfangreichen Stichwortverzeichnis finden sich Stichworte von A wie Abgeltungssteuer und Alkohol bis Z wie Zuschussantrag und Zustimmung der Eltern. Dies zeigt die Bandbreite des 128 Seiten starken Werks, welches auch für Eltern eine lohnenswerte Lektüre sein kann.

Der Praxisratgeber sorgt für eine ausgewogene Balance zwischen dem, was beachtet werden muss und der Erhaltung der Motivation für die Tätigkeit. Jeder, der in vielfältiger Weise verantwortlich mit Kindern oder Jugendlichen zu tun hat, kann sich mit dem Nachschlagewerk eine gute und fundierte Grundlage rechtlicher Rahmenorientierung verschaffen. Dem juristisch Interessierten gibt es darüber hinaus genügend Rechtsprechungshinweise, die sich im Streitfall als durchaus nützlich erweisen können. Rechtssichere Musterformulierungen im letzten Kapitel runden den Ratgeber für Mitarbeitende in sozialen oder kirchlichen Organisationen, Vereinen oder Kommunen ab.

Grundkurs Recht für die Soziale Arbeit

Reinhard J. Wabnitz

Rezension von Daniela Haas, Rechtsreferendarin im LVR-Landesjugendamt Rheinland

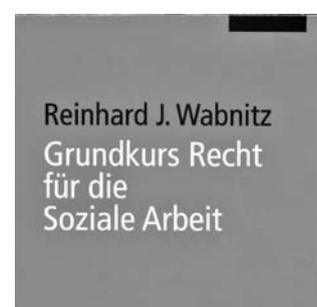
Das Lehrbuch von Reinhard J. Wabnitz, »Grundkurs Recht für die Soziale Arbeit«, führt in die Grundlagen des Rechts und der Rechtsanwendungstechniken ein und behandelt die für die Soziale Arbeit einschlägigen Rechtsthemen. Auf 243 Seiten geht es um die Rechtsgebiete Zivilrecht, Strafrecht und Verwaltungsrecht und den Bezug zum Bereich des Sozialrechts.

In den Kapiteln 4 bis 6 befasst sich das Buch mit allgemeinen Zivilrechtsfragen, wie dem Zustandekommen von Kauf-, Miet-, Dienst- und Werkverträgen. Behandelt werden außerdem zivilrechtliche Haftungsfragen. Im Kapitel 8 wendet sich der Autor verfassungsrechtlichen Grundlagen zu und erklärt die Grundprinzipien der Bundesrepublik Deutschland sowie die Bedeutung einzelner Grundrechte.

In den nachfolgenden Kapiteln des Lehrbuchs geht es um den Bereich der Verwaltung. Hier werden Grundfragen zur Verwaltungsorganisation und Grundformen des Verwaltungshan-



Erschienen im
Walhalla Fachverlag
4., aktualisierte Auflage
Regensburg 2010
128 Seiten
ISBN 978-3-8029-7438-0
15,50 Euro



Erschienen im
Ernst Reinhardt Verlag
München 2010
243 Seiten
ISBN 978-3-497-02130-7
19,90 Euro

delns vorgestellt, beispielsweise der Verwaltungsakt sowie der öffentlich-rechtliche Vertrag. Im 10. Kapitel behandelt der Autor u. a. die Entwicklung des Sozialrechts in Deutschland, gibt Informationen zu den Strukturprinzipien des Sozialrechts und stellt die Leistungsarten vor. Darüber hinaus beschäftigt er sich mit dem Sozialverwaltungsverfahren und stellt Verfahrensvorschriften vor, welche zum Teil im SGB I und zum überwiegenden Teil im SGB X geregelt sind. Für die Soziale Arbeit von erheblicher Relevanz ist der Sozialdatenschutz. In diesem Zusammenhang geht das Lehrbuch auf die im SGB X geregelten Vorschriften ein. Rechtsschutzmöglichkeiten gegenüber Verwaltungshandeln werden im vorliegenden Grundkurs ebenfalls kurz behandelt.

In den beiden Abschlusskapiteln erläutert der Verfasser strafrechtliche Themen und nimmt Bezug auf das Strafverfahrensrecht sowie das Jugendstrafrecht. Hier werden die für Fachkräfte der Sozialen Arbeit relevanten Fragen der Anzeigepflicht von Straftaten und die Aussagepflicht in gerichtlichen Verfahren erörtert.

Durch Übersichten werden die komplexen Themenbereiche anschaulich gemacht. Dies führt zum besseren Verständnis und leichteren Merken des Lernstoffs. Kurze Fallbeispiele und Musterlösungen runden das Ganze ab und ermöglichen eine konkrete Anwendung des abstrakt gelernten Stoffs auf einen bestimmten Fall. Der vorliegende Grundkurs von Wabnitz vermittelt einen guten Einstieg in die für die Soziale Arbeit relevanten Rechtsbereiche.

Vormundschaft, Pflegschaft und Beistandschaft für Minderjährige Helga Oberloshkamp (Hrsg.)

Rezension von Hans-Werner Pütz, LVR-Landesjugendamt Rheinland

Mit ihrem Vorwort verdeutlicht die Herausgeberin, dass dieses Buch unverzichtbar ist. Die umfassend beschriebenen Felder Vormundschaft, Pflegschaft(en) und Beistandschaft haben gemeinsam, andere Aufgaben und nicht Leistungen der Jugendhilfe zu sein. Sie werden in der Aufzählung des SGB VIII in § 2 Abs. 3 in den Nummern 9 bis 13 zuletzt aufgeführt. Das kann aber nicht Erklärung dafür sein, dass die Regelungen für den Personenkreis, der für ca. 70.000 in Deutschland unter Vormundschaft stehende Kinder und Jugendliche verantwortlich ist, so selten zur Kenntnis genommen werden wie die beschriebenen Aufgabenbereiche selbst.

Im vorliegenden Buch wird die Aufgabenfülle und ihr gesetzlicher Rahmen hervorragend dargestellt. Dabei ergänzt sich das Kommentatorenteam geradezu ideal.

Beginnend mit der fundierten Recherche der allgemeinen Fragen durch die Herausgeberin selbst, verleiht Birgit Hoffmann den Mitwirkenden im Vormundschaftsrecht Organfunktion und damit Leben. Die Schilderung des familiengerichtlichen Verfahrens durch Yvonne Gottschalk ist trotz der zahlreichen genannten Vorschriften derart lebendig, dass sie gedanklich jedwedes Rollenspiel im Familiengericht möglich macht. Über die persönlichen Rechte und Pflichten des Vormundes und Pflegers im Beitrag von Markus Band gelangen die fachkundigen Leserinnen und Leser aber auch interessierte Laien zu den von Urs Peter Gruber erläuterten Vormundschaften und Pflegschaften mit Auslandsbezug.



Erschienen im
Beck Verlag
3. Auflage
München 2010
562 Seiten
ISBN 978-3-406-58184-7
49,00 Euro

Nach den durch Birgit Hoffmann prägnant beschriebenen Formen der Vormundschaften sowie deren Beginn und Ende, folgt eine umfassende Klärung von Umfängen und Inhalten der Personensorge durch Hans-Otto Burschel. Die Abhandlung von Markus Band zur Vermögenssorge ist geeignet, große Unsicherheiten der Praxis in diesem Teilbereich der elterlichen Sorge zu beseitigen. Helga Oberloskamp stellt die Vielfalt der Pfllegschaften anschaulich dar.

Mit Helmut Schindler widmet sich der Pionier für die Vergütung von Vormundschaftsvereinen diesen und ihren Arbeitsgrundlagen bis hin zu Haftungsfragen. Peter-Christian Kunkel geht bei den Besonderheiten der Arbeitsfelder Amtsbeistandschaft/Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft vertieft auf die öffentlich-rechtliche Qualität, beginnend bei Zuständigkeiten, fortgesetzt mit der Führung der Aufgaben und dem Sozialdatenschutz, ein. Seine Beschreibung der Tätigkeitsfelder des Beistandes, insbesondere die Beratung und Unterstützung im Vorfeld einer möglichen Beistandschaft, sollte der Praxis Anreiz bieten, in diesem Sinne tätig zu sein.

Abgerundet wird das Werk durch Edda Elmauers Beschreibung der Leistungen der Jugendhilfe und weiterer, gerade im Zusammenhang mit der Hilfe zur Erziehung nach § 27 SGB VIII wichtiger Sozialleistungen und der Zusammenfassung über den Einsatz von Einkommen und Vermögen.

Inhalte und Qualität des Buchs sowie die Zielgruppen machen es für alle Professionen, die von Vormundschaften, Pfllegschaften und Beistandschaften tangiert werden und für diese selbst zu einer Pflichtlektüre.

Übersicht über das Sozialrecht 2010/2011 **Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.)** **Rezension von Regine Tintner, LVR-Landesjugendamt Rheinland**

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat die Ausgabe 2010/2011 der Übersicht über das Sozialrecht herausgegeben. Die beiliegende CD-Rom enthält zusätzlich zum Inhalt des Buchs auch die Broschüre »Soziale Sicherung im Überblick« und das »Statistische Taschenbuch« des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Auf rund 1.100 Seiten erläutern Fachleute aus den zuständigen Bundesministerien und anderen Bundesbehörden strukturiert und gut verständlich in 27 Kapiteln den aktuellen Rechtsstand im Sozialrecht (Stichtag: 1. Januar 2010). Zu allen Kapiteln enthält der Band am Ende auch Zusammenfassungen in englischer Sprache.

Viele anschauliche Beispiele, Tabellen, Berechnungsbeispiele und aktuelles Zahlenmaterial stellen den Praxisbezug her. In den einzelnen Kapiteln des Buchs erfolgen zahlreiche Querverweise. Die ausführliche und gut strukturierte Gliederung ermöglicht es auch Laien, sich schnell einen Überblick über sozialrechtliche Fragestellungen zu verschaffen.



*Erschienen bei
 BW Bildung und Wissen
 Verlag und Software GmbH
 7. Auflage
 Nürnberg 2010
 1.140 Seiten + CD-ROM
 SBN 978-3-8214-7246-1
 36,00 Euro*

Veranstaltungen des LVR-Landesjugendamtes Rheinland

Die aktuellen Termine im III. Quartal 2010 + Oktober

JULI

Move – Fortbildung zur Tabakprävention

12.07.2010; Hennef, Sportschule Hennef

SEPTEMBER

Fachtagung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Pflegekinderdiensten im Rheinland

02. bis 03.09.2010; Hennef, Sportschule Hennef

Ich will ...! Ich kann's ...! Ich bin ...!

14. bis 16.09.2010; Hennef, Sportschule Hennef

Bildungsqualität durch Altersmischung

14.09.2010; Köln, Zentralverwaltung des LVR

Jahrestagung der Mitglieder von Jugendhilfeausschüssen im Rheinland

16. bis 17.09.2010; Bad Honnef, Katholisch-Soziales Institut

Management des Wandels in der Jugendhilfe II

20. bis 22.09.2010; Köln, Zentralverwaltung des LVR

K wie Kulturelle Bildung in der offenen Ganztagschule

21.09.2010; Köln, Zentralverwaltung des LVR

Jugendhilfe bildet!

22. bis 23.09.2010; Hennef, Sportschule Hennef

Fortbildung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Tagesgruppen nach § 32 SGB VIII

27. bis 29.09.2010; Hennef, Sportschule Hennef

Arbeitstagung für Fachberaterinnen und Fachberater von Tageseinrichtungen in kommunaler und freier Trägerschaft

28.09.2010; Köln, Zentralverwaltung des LVR

Schulsozialarbeit qualifizieren

28.09. bis 01.10.2010; Hennef, Sportschule Hennef

OKTOBER

Arbeitstagung der Leiterinnen von Jugendämtern in Nordrhein-Westfalen

04.10.2010; Köln, Zentralverwaltung des LVR

Alternative Handlungsstrategien

04. bis 05.10.2010; Hennef, Sportschule Hennef

Bildungslandschaften und Bildungsnetzwerke steuern und gestalten

06.10.2010; Köln, Zentralverwaltung des LVR

Arbeitsgruppe Qualität im Pflegekinderwesen

08.10.2010; Köln, Zentralverwaltung des LVR

Konferenz »Pädagogische Perspektiven in der Arbeit mit europäischen Erinnerungsorten«

18.10.2010; Köln, Zentralverwaltung des LVR

Arbeitsgruppe Qualität in der Familiären Bereitschaftsbetreuung

20.10.2010; Köln, Zentralverwaltung des LVR

Forum Jugendhilfeplanung der Kreise in NRW

27.10.2010; Münster

Fachtagung für Leiterinnen und Leiter von Familienbildungsstätten

27.10.2010; Köln, Zentralverwaltung des LVR

Zertifikatskurs für Ergänzungskräfte in der offenen Ganztagschule im Primarbereich

29. bis 31.10.2010; Köln, Jugendherberge Köln-Deutz

Informationen zur Anmeldung erhalten Sie bei den Kolleginnen der Zentralen Fortbildungsstelle unter 0221 809-4016 oder -4017 sowie via E-Mail an fobi-jugend@lvr.de und per Fax unter 0221 809-4066.

Aktuelle Informationen, eine nähere Beschreibung der Veranstaltungsinhalte sowie Ansprechpersonen für eventuelle Nachfragen finden Sie auf den Internetseiten des Landesjugendamtes www.jugend.lvr.de.

Sie möchten diese Übersicht gerne in Form eines Newsletters direkt in Ihr E-Mail-Postfach bekommen? Dann abonnieren Sie einfach unseren Newsletter »Fortbildungen Jugend«. Und so geht's: www.lvr.de > Mailabo (rechte Seite) anklicken > E-Mailadresse eintragen und Newsletter »Fortbildungen Jugend« auswählen > Absenden > Fertig!

Das Bundesforum wird vorbereitet von einer Gruppe, in der einzelne Jugendämter, die Landesjugendämter Rheinland und Westfalen-Lippe, das Deutsche Institut für Jugendhilfe und Familienrecht, verschiedene Vereine, die Vormundschaften führen, der Deutsche Familiengerichtstag, der Bund Deutscher Rechtspfleger, die Bundesarbeitsgemeinschaft Verfahrensbeistandschaft sowie Einzelpersonen aus Wissenschaft und Praxis vertreten sind.

Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft

Vom 1.–3. Dezember 2010 wird das 1. Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft in Dresden stattfinden. Das Bundesforum bietet für alle Professionen, die mit dem Thema Vormundschaft befasst sind, einen zentralen Ort der Information und Diskussion an.

Ein wichtiges Thema der diesjährigen Veranstaltung wird die Diskussion über den Reformbedarf des Vormundschaftsrechts sein: Das Bundesministerium der Justiz hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die persönliche Verantwortung und den Kontakt des Vormunds zu dem ihm anvertrauten Kind oder Jugendlichen in den Vordergrund stellt. Dieses Gesetz kann jedoch nur ein erster Schritt auf dem Weg zur Reform eines Vormundschaftsrechts sein, dessen Grundzüge aus dem 19. Jahrhundert stammen und das so modernen Anforderungen nicht mehr gerecht wird.

Die Vorträge ausgewiesener Expertinnen und Experten sowie eine vielfältige Reihe von Foren und Arbeitsgruppen werden sich mit den Fragen rund um die Zukunft von Vormundschaften und Pflegschaften befassen. Eingeladen sind u. a. Sabine Leutheuser-Schnarrenberger, Bundesministerin der Justiz, Renate Jäger (EGMR), Dr. Helmuth Figdor, Familienberater und Psychoanalytiker, Prof. Dr. Ludwig Salgo (FH Frankfurt) und Dr. Thomas Meysen (DIJuF e.V.).

Weitere Informationen: Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (DIJuF) e. V., Henriette Katzenstein, Tel 06221 9818-29, Fax 06221 9818-28, katzenstein@dijuf.de.

IMPRESSUM

Herausgeber: Landschaftsverband Rheinland (LVR)
LVR-Landesjugendamt Rheinland, Kennedy-Ufer 2, 50679 Köln,
www.lvr.de

Verantwortlich: Reinhard ELZER

Redaktion: Regine TINTNER (rt) (verantwortlich), Tel 0221 809-4024,
regine.tintner@lvr.de

Sandra ROSTOCK (sr), Tel 0221 809-4018, sandra.rostock@lvr.de

Texte, Manuskripte an: LVR-Landesjugendamt Rheinland, Jugendhilfereport, Regine Tintner, Kennedy-Ufer 2, 50679 Köln

Titel/Gestaltung: Thomas NOWAKOWSKI (tn)

Umschlagdruck: Warlich Druck Meckenheim GmbH

Druck/Verarbeitung: Druckerei des Landschaftsverbands Rheinland. Gedruckt auf 100% Recycling-Papier.

Anzeigenwerbung: aweto Verlag – Friedhelm Todtenhöfer
Am Hambuch 7, 53340 Meckenheim, verlag@aweto.de,
www.aweto.de

Erscheinungsweise: 4 x jährlich, kostenlos

Auflage: 7.000 Stück

Im Internet: www.jugend.lvr.de > Service > Publikationen

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Bei unverlangt eingesandten Manuskripten besteht kein Anspruch auf Veröffentlichung. Außerdem behalten wir uns Kürzungen der eingesandten Beiträge vor. Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.